

Vierzehnte Sitzung – Quatorzième séance

Donnerstag, 13. Dezember 1990, Nachmittags
Jeudi 13 décembre 1990, après-midi

15.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Bremi

90.022

Vorkommnisse im EMD. Parlamentarische Untersuchungskommissionen Événements survenus au DMF. Commissions d'enquête parlementaires

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 2338 hiervoor – Voir page 2338 ci-devant

Mme **Gardiol**: C'est en tant que présidente du Parti écologiste que je prends la parole maintenant. Nous, les onze élus de ce parti dans ce Parlement, sommes tous profondément secoués, écoeurés, choqués, blessés, à la découverte de tout le système qui a été élaboré pour lutter entre autres contre les différents milieux auxquels nous appartenons et que nous représentons sous cette coupole. Ce sont ces mouvements sociaux de base qui sont une partie de la richesse et de la vitalité de notre pays et en qui certains ont cru voir l'ennemi. Je prends donc la parole au nom de ces femmes et de ces hommes de bonne foi, militants de tous âges et de toutes professions, qui ont défendu des causes qui leur tiennent à coeur, qui ont voulu faire avancer ou mettre en pratique leurs idées, et qui découvrent brutalement qu'ils sont considérés comme des citoyens de seconde zone, mis au rang des traîtres, des individus dangereux et indignes de confiance. Ils découvrent qu'ils sont examinés à la loupe d'une armada de l'ombre, entretenue avec nos deniers, qui les scrutait, les épiait et leur avait même réservé des places dans ses geôles. C'est vraiment kafkaïen, car ces femmes et ces hommes ont donné gratuitement leur temps, leur énergie, leurs loisirs, pour défendre, en suivant leur conscience, les idées qui les mobilisent. M. Couchepin les classe clairement parmi les naïfs. J'apprécie cette naïveté, mais ils ont droit aussi au qualificatif de patriotes; même si leur patriotisme est peut-être critiquable, il est en tout cas réel.

Ces personnes ont en effet agi, elles, publiquement, officiellement, ouvertement, dans ce pays connu loin à la ronde pour son civisme, pour son sens poussé de la démocratie, et qui garantit constitutionnellement la liberté d'opinion. C'est pourtant ce même pays qui les a mis à l'index, eux et leurs organisations. Cette face cachée de la Suisse, faite de mensonges, de lâcheté, de mépris du Parlement et de la population dans son ensemble, éclate au grand jour aujourd'hui, et cela fait mal.

Mais quelles sont finalement ces idées subversives et dangereuses que l'on n'ose pas laisser s'épanouir sans surveillance dans notre pays «propre en ordre»? Elles s'appellent paix, justice, solidarité avec le tiers monde, protection de l'environnement. On nage en pleine schizophrénie ou paranoïa. En tant que Parti écologiste, nous voulons dire à tous nos amis et amies des Femmes pour la paix, des Juristes progressistes, des Médecins pour l'environnement, des associations tiers-mondistes, du mouvement «Justice, paix et sauvegarde de la Création», à tous ces pacifistes, écologistes, féministes, béné-

voles et militants, à toute cette élite de notre société, de se reprendre après le choc. Il est encore plus évident que jamais que nous avons besoin d'eux pour créer un monde respirable, solidaire, chaleureux, ouvert sur l'avenir, bref une Suisse qui ose défendre ses idéaux. Nous comptons sur eux et eux savent qu'ils peuvent compter sur nous.

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

Gysin: Herr Dr. Rudolf Schneiter, Mitglied der Konzernleitung der Ciba-Geigy und Verwaltungsrats-Vizepräsident der Swissair, ist eine Person, die mir nahesteht. Ich zitiere aus dem Votum von Kollege Günter von heute morgen: «Der P-26-Chef soll keinen Stellvertreter gehabt haben, wird uns versichert. Dies ist angesichts des konspirativen Denkens der Mitmacher kaum vorstellbar. Ich zumindest habe gehört, auch jetzt wieder habe Herr Dr. Rudolf Schneiter aus der Konzernleitung Ciba-Geigy und Verwaltungsratsvize der Swissair mitgemacht.»

Herr Dr. Schneiter ist in der Folge von Associated Press angerufen worden, und seine Frau ist bereits belästigt worden. Herr Dr. Schneiter hat gegenüber AP mit aller Deutlichkeit festgehalten, dass er nicht Mitglied der P-26 sei, dass er Herrn Cattelani nicht kenne und auch nie gesehen habe und dass Herr Nationalrat Günter diese Information von jemandem erhalten haben müsse, der sie frei erfunden habe. Im übrigen vertritt auch Dr. Schneiter die Auffassung, dass es durchaus ehrenhaft und legitim sei, bei der P-26 mitgemacht zu haben. Aber es sei unstatthaft und politisch und moralisch nicht verantwortbar, irgendwen, der mit dieser Organisation nichts zu tun gehabt habe, unbesehen mit ihr in Zusammenhang zu bringen und so die Verunsicherung in unserem Land aufzuheizen.

Herr Kollege Günter, es ist nicht verwunderlich, dass immer mehr Bürger mehr als aufgebracht sind, wenn sie nun schon zum wiederholten Male feststellen müssen, wie Parlamentarier ihnen zugetragene Informationen unbesehen und unkontrolliert an die Öffentlichkeit weitergeben und diese noch mehr verunsichern; sie verunsichern damit auch die Angehörigen und die Kinder der betroffenen Personen, und ich bedaure das.

Herr Kollege Günter, ich erwarte eine Entschuldigung von Ihnen.

Günter: Ich möchte zwei Dinge festhalten:

1. Herr Schneiter ist im Umfeld von Herrn Bachmann erwähnt worden, das steht im geheimen Bachmann-Bericht; wenn Sie wollen, kann ich diesen anfordern. Er kennt sich in diesem Geschäft also aus und ist nicht ganz so unwissend, wie dies aus dem Votum von Kollege Gysin hätte geschlossen werden können.

2. Ich habe eine Frage gestellt und habe gefragt: Ist er immer noch tätig? Ich habe also nicht eine Feststellung gemacht, sondern Herrn Bundesrat Villiger eine Frage gestellt. Und mir scheint, diese Frage sei sehr legitim, nachdem die Puk 2 nun festgestellt hat, dass wirklich viele Leute aus dem Umfeld Bachmann in die Geheimarmee oder in P-27 mitübernommen wurden.

Die Frage ist gestellt, der Name ist gefallen; ich habe hier die Möglichkeit gegeben, eine Klarstellung zu treffen, und ich möchte bitten, eine Frage nicht in eine Feststellung umzumünzen. Wenn Herr Schneiter uns schon empört per Fax schreibt, dann wäre es richtig gewesen, wenn er seine Anamnese, seine Geschichte und seine Verflechtungen mit Herrn Bachmann erwähnt hätte; dann wäre es eine offene Darstellung gewesen.

Hier das Unschuldslamm zu spielen, scheint mir angesichts der Umstände nicht richtig.

Rechsteiner: Max Frisch hat in seinem inzwischen berühmten Satz die Schweizer Armee als Leibgarde der Bourgeoisie bezeichnet. Welche Wahrheit in diesem Satz steckt, wird eigentlich erst jetzt recht bewusst. Die Schweizer Armee ist im 20. Jahrhundert nur im Innern effektiv eingesetzt worden. Das gilt nicht nur für 1918 und 1932, sondern auch für die letzten Jahrzehnte.

Herr Villiger, Sie haben vor dem Ständerat gesagt, der kalte Krieg habe tatsächlich stattgefunden; ja, er hat stattgefunden, aber es war ein stiller, lautloser Kampf gegen innen.

Alt Generalstabschef Senn hat die illegale Geheimmarmee noch für die Zeit Ende der siebziger Jahre mit der Gefahr eines plötzlichen sowjetischen Ueberraschungsangriffs aus dem Stand gerechtfertigt; dies war offensichtlich grotesk. Ganz real aber war das Feindbild, der Kampf gegen innen. Ein ganzer Teil der Schweizer Bevölkerung, die Bewegten, die Unangepassten, diejenigen, die mit der herrschenden Ordnung nicht einverstanden waren, wurden zum inneren Feind erklärt und diffamiert; ob als Mitglied oder Sympathisanten angeblicher Frontorganisationen oder als sogenannte nützliche Idioten, ist letztlich einerlei. Herr Bundesrat Villiger hat sich für diese ungeheuerlichen Diffamierungen – die in dieser Terminologie stecken – seitens des EMD nicht entschuldigt.

Der Bericht der Puk EMD – so viele Lücken er auch aufweist – zeigt, dass die Armee letztlich eben nichts anderes ist als ein Herrschaftsinstrument gegen innen. Das geht nicht nur aus dem Szenario Umsturz hervor, sondern auch aus der Schnüffeltätigkeit, die sich nicht nur auf Einzelfälle erstreckte, sondern System hatte. Es ist jetzt immer wieder vergessen worden, dass ja das EMD bzw. die Una auf die Karteien der Bundespolizei zurückgreifen konnte und dass eine enge Verflechtung nicht nur mit der politischen Polizei besteht, sondern auch auf der Ebene der kantonalen Polizeikorps, über den Sicherheitsdienst der Armee. Es besteht weitgehend Personalunion. Das bedeutet eine intensive Ueberwachungs- und Schnüffeltätigkeit.

Eine zweite Bemerkung: Es ist erstaunlich – oder nach dem, was wir im Zusammenhang mit der Puk 1 erlebt haben, auch nicht mehr erstaunlich –, wie Herr Bundesrat Villiger oder der Bundesrat insgesamt mit der Verfassung, dem Rechtsstaat umspringen, die sie sonst bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit bemühen.

Die Geheimmarmee soll sich auf den Bundeszweck (Behauptung der Unabhängigkeit) und damit auf die Verfassung abstützen können. Das ist doch nichts anderes als Augenwischerei! Mit dem gleichen vorsintflutlichen Verfassungsverständnis könnte ja die Mutterschaftsversicherung, die schon seit Ewigkeiten in der Verfassung steht, ohne jede gesetzliche Grundlage und damit ohne Mitsprache des Parlamentes und des Volkes eingeführt werden. Ein solches Vorgehen ist aber nichts anderes als Verfassungsbruch, weil damit die Gewaltentrennung, die Mitsprache des Parlamentes, das Referendumsrecht des Volkes gebrochen, missachtet werden. Ein paar dunkle Sätze in einem Bericht aus dem Jahre 1981 sind keine gesetzliche Grundlage, sonst müsste uns davor grauen, was beispielsweise mit dem neuen Sicherheitsbericht oder mit dem Bericht zur «Armee 95» alles angestellt werden könnte.

Bemerkenswert ist immerhin, dass zentrale, wenn auch dubiose Instrumente der Herrschaftssicherung im Inneren ohne gesetzliche Grundlage betrieben werden: die politische Polizei und die sogenannten geheimen Dienste. Die herrschenden Kreise hatten und haben allen Grund zur Annahme, dass das Schweizervolk seine Ueberwachung und notfalls Disziplinierung in keiner Abstimmung gutheissen würde, genauso wie es bei der Busipo passiert ist. Das Antidemokratische dieser Einrichtungen beweist sich auch am Fehlen der gesetzlichen Grundlage.

Eine dritte Bemerkung zum Schwund der Glaubwürdigkeit der politisch Verantwortlichen. Was schon beim Verhalten des Bundesrates im Zusammenhang mit der Puk 1 sichtbar geworden ist, wird jetzt noch in ungleich grösserem Ausmass fortgesetzt. Vielfach interessiert an den offiziellen Stellungnahmen nur noch die Verfallzeit.

Die geheimen Dienste, die Tätigkeit des halben EMD beruhen auf dem Prinzip der sogenannten Abstreitbarkeit. Das ist nichts anderes als eine vornehmere Umschreibung des Prinzips der Lüge. Wundert es, dass die Puk in diesem Sumpf des Abstreitens, des Vertuschens, des Vernichtens, des Nichtwissenwollens höchstens die Spitze des Eisberges sichtbar gemacht hat, wenn man den politischen Instanzen, dem Parlament und dem Volk gegenüber systematisch mit der Lüge operiert hat?

Wenn die Krise bewältigt werden soll, wenn demokratische Verhältnisse wiederhergestellt werden sollen, dann kann das doch nicht anders geschehen als mit schonungsloser Offenheit, mit Transparenz gegenüber Parlament und Volk. Diese Aufgabe darf nicht einfach der Presse überlassen werden, die sie zum Glück wahrnimmt, sondern das Parlament muss sich hier wieder um seine ureigene Aufgabe bemühen: mit der Arbeit der Parlamentarischen Untersuchungskommission, ihrer Weiterführung, aber auch mit den Aufträgen und mit den Konsequenzen, die das Parlament gegenüber dem Bundesrat zieht, der bis heute nicht gehandelt hat und auch den Willen zu handeln nicht bewiesen hat.

Sager: Die Parlamentarische Untersuchungskommission 2 hat nur eine Seite ins Visier gefasst: das Symptom und nicht die Ursache. Sie hat es vernachlässigt, Spezialisten anzuhören, die mit Belegen die Bedrohungslage hätten darstellen können, welche die Ereignisse und Entwicklungen ausgelöst haben, die wir mit einem erschütternden Verlust an Proportionen ins Zentrum unserer Beratungen rücken müssen. Der Bericht ist einseitig.

Gewiss: Der real existierende Sozialismus hat Schiffbruch erlitten und wurde bankrott erklärt. Auf diesem Hintergrund ist die Tatsache vergessen, eher verdrängt, dass der kalte Krieg erstens vom Herrschaftsanspruch der kommunistischen Ideologie ausgelöst worden ist, zweitens mit der Niederschlagung des ungarischen Freiheitskampfes 1956 keineswegs einen Abschluss gefunden hat, drittens richtigerweise als politischer Krieg bezeichnet werden müsste und viertens als solcher bis zur Wahl von Michail Gorbatschow konsequent geführt worden ist.

Bis Ende der siebziger Jahre war der Ausgang des Konfliktes zwischen Diktatur und Demokratie ungewiss. Er war völlig offen, er hätte anders ausgehen können. Der Verzicht, diese Herausforderung anzunehmen, hätte Demission bedeutet.

Heute stellen selbst sowjetische Forscher fest, dass die Stationierung der SS-20-Raketen eine einseitige, unprovokierte und aggressive Handlung der Sowjetunion gegen Westeuropa gewesen ist.

Kürzlich haben wir von einer tatsächlichen Geheimmarmee erfahren, welche in der DDR existiert hat: Fünf Divisionen stark, auf einer Offensivstrategie aufgebaut, nicht bloss eine kleine defensive Widerstandsgruppe darstellend. Wir wissen jetzt genauer, dass seit Anfang der siebziger Jahre – aufgrund einer Absprache zwischen der SED und den westdeutschen Kommunisten – rund 300 Mann einer geheimen militärischen Organisation in einem Lager der DDR zur Verübung von Sabotage- und Terrorakten in der BRD paramilitärisch ausgebildet worden sind und dass in der DDR deutsche Terroristen der Roten-Armee-Fraktion untertauchen konnten.

Vaclav Havel hat mitgeteilt, dass die CSSR unter dem früheren Regime Libyen tonnenweise mit Sprengstoff versorgte, der für die internationale Terroristenszene bestimmt war. Dass die Tschechoslowakei kürzlich drei internationale Frontorganisationen zu unerwünschten Gruppierungen erklärte und sie zur Schliessung ihrer Büros zwang, ist hierzulande kaum zur Kenntnis genommen worden, da man glaubt, sich noch immer der Schliessung des alten Nowosti-Büros schämen zu müssen. Selbst in den «Spiegel» hat der Stasi einen V-Mann eingeschleust, worüber sich nur Naive wundern können.

Faschistische und sozialistische Regimes sind fast immer auf undemokratische Weise an die Macht gelangt. Schon die sogenannte Oktoberrevolution war bloss ein Putsch gegen einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten. Ähnlich ist es nach dem Zweiten Weltkrieg Ungarn ergangen, Polen, der Tschechoslowakei, der DCR, Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, Kuba, Südvietnam, Laos, Kambodscha, Südjemen, Angola, Moçambique und Afghanistan. In keinem Fall hat sich die Rechtsstaatlichkeit als Schild erwiesen. In den meisten Fällen war die Sozialdemokratie das erste Opfer des Putsches. Aber das hat Sozialisten wenig angefochten.

Die Widerstandsorganisation P-26/27 war nicht überflüssig. Sie hat hervorragend gearbeitet und keine groben Fehler gemacht; mehr ist nicht zu verlangen. Sie war in der Konzeption und im Rahmen der Gesamtverteidigung das, was seit den

siebziger Jahren von anderer Seite als soziale Verteidigung gefordert worden ist. Diese Forderungen beriefen sich auf den Widerstand, der 1968 in der Tschechoslowakei gegen die Warschauer-Pakt-Truppen geleistet wurde. Weil dieser Widerstand jedoch mit keiner Gesamtkonzeption koordiniert war, blieb er erfolglos.

Herr Keller: Welch romantische Verklärung, wenn Sie glauben, spontaner Widerstand hätte wirksam sein können! Die Erfahrungen der letzten 75 Jahre, die Erfahrungen seit der Zeit, da die Jakobiner die Macht übernahmen und Wesen und Ziel der französischen Revolution total verfälschten – all diese Erfahrungen haben immer wieder bewiesen, dass das nicht möglich ist.

Der Bericht ist von legalistischer Pedanterie getragen und schlägt auch andere römisch-rechtliche Weisheiten in den Wind als die, die Pascal Couchevin genannt hat, so etwa auch den Spruch *summum ius, summa iniuria*. Was beweist, dass schon die alten Römer etwas verstanden haben von der Güterabwägung.

Der Bericht dürfte in 10 bis 15 Jahren Thema von Dissertationen kopfschüttelnder Studenten sein, dürfte in 20 bis 25 Jahren, sofern dieses Haus noch da ist, einer Puk rufen, um abzuklären, wie es möglich wurde, dass solche Staatsdemontage aufgenommen worden ist; er müsste heute schon Gegenstand von Karikaturen sein – aber eben, Bö ist leider längst verstorben!

Spälti: Wenn man sich in den letzten Tagen und Wochen umgeschaut und in den Medien Äusserungen einzelner Exponenten gehört hat, stellt man fest, dass es zwei Extreme von Beurteilungen des Geschehenen gibt, die beide zu verurteilen sind.

Da sind einmal jene, welche keine Kritik über die getroffenen Massnahmen hören und sie schon gar nicht werten wollen. Jene, die trotz eindeutiger Ergebnisse der Untersuchung der Puk 2 noch immer behaupten, alles habe sich im gesicherten rechtlichen Rahmen abgespielt, und die sogar den Standpunkt vertreten, die gerechtfertigte Schaffung einer Widerstandsorganisation im Umfeld, wie es sich damals präsentierte, rechtfertige auch rechtlich nicht abgesicherte Massnahmen und Handlungen. Das ist die eine Haltung, die klar zu verurteilen ist.

Auf der Gegenseite gibt es jene, die zu den lautesten Kritikern der Widerstandsorganisation P-26 gehören. Die Sprachregelung ist ja schon interessant: man spricht von «Geheimarmee» – bei einer Stärke von zwei Kompanien!

Sie zelebrieren nun eine raffiniert aufgezoogene Empörung über alles und jedes, zeigen keine Bereitschaft, die Ereignisse in das damalige Umfeld zu stellen und so wenigstens einen Beitrag zur sachlichen Diskussion zu leisten.

Interessanterweise gehören Leute dazu, welche die korrupten und die Menschenrechte verachtenden Regimes seinerzeit hochgepriesen haben, welche für das – übrigens in breiten Bevölkerungskreisen – als Gefahr empfundene Klima in den siebziger und achtziger Jahren verantwortlich waren.

Die heutigen Enthüllungs- und Recherchierjournalisten haben geschwiegen, als der Bundesrat auf Anfrage damals bestätigte, dass PdA und andere Gruppierungen von der Sowjetunion finanziert wurden, als die Spionage auf dem Höhepunkt war, und als Schweizer in ideologischen Sommerlagern in revolutionären Praktiken geschult wurden. Und es gehören auch Leute dazu, die schon in den Jahren des kalten Krieges den zivilen Ungehorsam in unserem Lande predigten.

Wer die im Bericht der Puk 2 sachlich dargelegten Ereignisse auch objektiv beurteilen will – weil es ihm darum geht, für die Zukunft konkrete Schlüsse zu ziehen und nicht einfach zu polemisieren –, muss diese Ereignisse in ihr damaliges Umfeld stellen. Wer zur Landesverteidigung grundsätzlich ja sagt, muss akzeptieren, dass Ernstfallszenarien erarbeitet und organisiert worden sind.

Solche Vorbereitungen dürfen sich aber nicht im rechtsfreien Raum bewegen; gesetzliche Grundlagen sind notwendig, und die gebotene Geheimhaltung darf nicht zu einer unkontrollierten Eigendynamik führen. Klare Verantwortungen müssen vorliegen, und zwar für solche heikle Aufgaben auf höchster Stufe.

In diesem Zusammenhang ist es doch erstaunlich, dass der jetzige Chef des EMD der erste EMD-Vorsteher ist, der sich über Details über P-26 und P-27 orientierte. Das Nichtwissen einiger Bundesräte muss, auch ins damalige Umfeld projiziert, als Mangel im Erkennen von politisch und rechtsstaatlich kritischen Tatbeständen qualifiziert werden. Da stellt sich die Frage, ob sich hier nicht ein grundsätzliches Problem der Führung durch die Exekutive in diesem Staate zeigt: nämlich die oft zutage tretende mangelnde Fähigkeit respektive der mangelnde Wille, die politischen und sachlichen Prioritäten zu erkennen und entsprechend zu handeln.

Der Puk-Bericht und die Erkenntnisse führen auch zu einer Feststellung im personellen Bereich. Wenn Vertrauen nicht mehr gegeben ist – das ist in jeder Organisation so, ob in der Verwaltung oder in einer Unternehmung –, müssen Konsequenzen gezogen werden; ganz besonders dort, wo eine Funktion der Öffentlichkeit ausgesetzt ist, spielt nicht nur das interne Vertrauen, sondern auch das Vertrauen nach aussen eine entscheidende Rolle. Wenn dieses Vertrauen, vor allem auch nach aussen hin, nicht mehr gegeben ist, muss man personelle Massnahmen treffen. Keine effiziente Führung kommt um unangenehme Massnahmen herum, auch wenn es menschlich hart sein mag.

Ich glaube, es sind in der nächsten Zeit verschiedene Entscheide zu treffen und Massnahmen zu ergreifen. Dazu gehört ohne Zweifel auch eine Anpassung der Struktur des EMD an die veränderte Umwelt. Diese Entscheide und Massnahmen sollten aber nicht in einem Klima der Polemik oder der Kopfgerei getroffen werden. Damit sind verschiedene Kreise in vielen Parteien – nicht nur in einer oder zwei – und auch einzelne Medien direkt angesprochen.

Euler: In der Frühjahrssession habe ich am 6. März an diesem Pult die traurige Geschichte aus dem Jahre 1983 vom Unahauptmann Rudolf Moser, seiner Bespitzelung von AKW-Gegnern und der gegen meine Person gerichteten Bedrohung an Leib und Leben kurz dargelegt. Rudolf Mosers niederträchtige Auftrag- und Geldgeber sind bis heute nicht bekannt. Die seinerzeitige Strafuntersuchung gegen Moser wurde eingestellt. Als Geschädigter konnte ich Anwalts- und Gerichtskosten bezahlen.

Die Puk EMD hat sich mit der Affäre beschäftigt und mir mit Datum vom 23. November 1990 eine separate Antwort gegeben. Darin wird bestätigt, dass Rudolf Moser ein ehemaliges, privatrechtlich angestelltes Mitglied des Führungsstabes der Organisation P-26 war und nach seinem Ausscheiden aus dieser Organisation in den erwähnten Aktionen gegen meine Person tätig war. Verbindungen finanzieller Art zu Una und P-26 konnten nicht überprüft werden, weil Zahlungsbelege dieser Organisationen vernichtet worden sind. Moser konnte nichts bewiesen werden. Die zwielichtige Figur des Hauptmanns Rudolf Moser steht aber nach wie vor im Visier der Öffentlichkeit, weil der Unstimmigkeiten noch zu viele vorhanden sind.

Bundesrat Villiger hat mir am 20. März 1990 geschrieben, dass Moser 1983 nicht mehr im Dienst der Una stand. Das EMD und der Ex-Chef P-26 behaupteten kürzlich, dass Moser im Herbst 1981 aus der Organisation P-26 ausgeschieden sei. Aussagen aus Mosers geheimdienstlichem Umkreis ergaben, dass Moser noch 1984 geheimdienstlich tätig war. Was soll nun stimmen?

Wenn Moser keine geheimdienstlichen Verbindungen mehr hat, warum bestätigt er dann nicht, dass dieser Lebensabschnitt für ihn erledigt ist? Es liegt deshalb die Vermutung nahe, dass Mosers kriminelle Aktionen gegen AKW-Gegner – und meine Person – im Umkreis von privatrechtlichen Tarnfirmen und nicht aufgedeckten Zweig- oder Ablegerorganisationen der Una, der P-26, der P-27 oder wer weiss welcher Organisationen geplant und finanziert hätten sein können. Die geltende Geheimdienstdoktrin über den Feind im Innern und seine Frontorganisationen untermauern die geäusserte Vermutung. Privatrechtliche Aktivitäten von Geheimorganisationen gegen den Feind im Innern sind entgegen den Äusserungen von Herrn Bundesrat Villiger absolut verfassungswidrig – wie es Professor Jean-François Aubert übrigens bestätigt hat.

Die privatrechtliche Geheimorganisation P-26 wurde mit der Anstellung von Oberst Cattelan am 30. Juni 1979 – Monate vor dem Auffliegen der Bachmann-Affäre – eingeleitet. Die Verfassungswidrigkeit wurde also über lange Zeit praktiziert. Es ist deshalb unverständlich, dass Bundesrat Villiger Mitglieder der P-26 – also auch den zwielichtigen Hauptmann Rudolf Moser – als integer bezeichnet. Das ist Hohn in meinen Ohren, wenn ich bedenke, dass Rudolf Moser, Ex-P-26er, in eine Bedrohung meiner Person verstrickt war. Er und seine Hintermänner konnten sich bislang einer strafrechtlichen Verfolgung entziehen. Doch die Vergangenheit wird diese Saubermänner sicher noch einholen. Dafür sorgt auch eine neue Strafanzeige meinerseits.

Dieser übelriechende Sumpf muss im Interesse der überwiegenden Mehrheit unserer Bevölkerung schonungslos trockengelegt werden. Daher ist der Auftrag der Puk 2 zu verlängern.

Fäh: Zur Vergangenheit ist praktisch alles gesagt worden. Ich blicke daher nur kurz zurück, um meine Position zu markieren. Widerstandswille bei feindlicher Besetzung ist Ausdruck von Freiheit und Unabhängigkeit. Widerstand leisten gehört zum Auftrag der Armee und ist unter dem Begriff «Kleinkrieg» in der Truppenführung verankert.

Wer ja sagt zum Widerstand als Kampfform, der muss logischerweise auch ja sagen zu sinnvollen logistischen Vorbereitungen. P-26 hat solche Vorbereitungen getroffen. Ständig von einer Geheimarmee zu sprechen, ist eine bewusste Irreführung der Öffentlichkeit. Und wenn man schon von Umsturz spricht, sollte man klar und deutlich sagen, dass damit ein Umsturz nach dem Rezept von Lenin gemeint war.

Es ist sicher notwendig, dass wir uns mit der Vergangenheit befassen. Weit wichtiger aber ist es, sich mit der Zukunft auseinanderzusetzen.

Kollege Manfred Aregger und andere haben damit begonnen. Es wurde auch heute wieder auf die veränderte und sich verändernde Weltlage hingewiesen. Wir werden im Rahmen der Debatte über den Sicherheitsbericht eingehend darüber sprechen. Für heute nur soviel: Sollte es in Zukunft zu Konflikten kommen – angesichts des vorhandenen Zündstoffes ist dies leider nicht ganz auszuschliessen –, so sind Massnahmen indirekter Konfliktführung, gekoppelt mit Erpressungen, wahrscheinlicher als klassische, offene Konflikte. Damit hat auch die Besetzungsdrohung abgenommen. Die Auflösung von P-26 ist daher gerechtfertigt.

Reguläre Einsatzkräfte gegen indirekte Konfliktführung sind hingegen – ob man es gerne hört oder nicht – notwendiger denn je. Da ein Gegner dieser Art raffiniert vorgehen wird, haben auch Polizei und Armee raffiniert zu sein. «Armee 95» ist auch darauf auszurichten. Dass im Lichte dieser Beurteilung ein wirksamer Nachrichtendienst für uns wertvoll sein kann, steht für mich ausser Frage. Ueber dessen Ansiedlung kann man diskutieren.

Mir scheint, dass etliche vergessen, dass hinter den Sachproblemen, die wir diskutieren, Menschen stehen. Die Angehörigen der P-26 – das wurde x-fach gesagt – haben in bester Absicht gehandelt, auch wenn es einzelne geben mag, für die das nicht zutrifft. Es ist daher ehrenrührig, ihnen andere Absichten zu unterschieben. Es ist beleidigend, sie der Demokratiefeindlichkeit zu bezichtigen, wenn man dies nicht beweisen kann. Unser Mangel, Probleme bewältigen zu können, rührt nicht zuletzt davon her, dass wir einen wesentlichen pädagogischen Grundsatz oft missachten, den Grundsatz nämlich, dass Lob aufrichtet und anspricht, ungerechtfertigte und verletzende Kritik hingegen zerstört, lähmt und Fronten zementiert.

Wie wäre es, wenn man hie und da nebst den Kritiken an den Vorkommnissen im EMD ebenso stark die positiven Seiten des EMD betonen würde: den Startschuss zu «Armee 95», die Einsetzung der Kommission Schoch, die Aufhebung der Landsturmbildung, den Antrag, P-26 aufzulösen usw.?

Wer Herrn Bundesrat Villiger als kalten Krieger apostrophiert, der kennt ihn nicht oder will ihn nicht kennen! Im übrigen sollte man uns nicht immer kalten Krieg vorwerfen, wenn man selbst kalten Krieg – freilich auf andere Art – betreibt. Ich meine, die

faire Relation zwischen Kritik und Lob sollte wiederhergestellt werden.

Ich sage es nochmals: Gerechtfertigte, aufbauende Kritik ist notwendig. Fehlbar sind im Rahmen der Gesetze zur Rechenschaft zu ziehen. Mit Kritik allein, mit verletzenden Voten, Verdächtigungen und Uebertreibungen vermögen wir unsere Zukunft nicht zu gestalten. Notwendig sind vielmehr Selbstvertrauen, Vertrauen und Optimismus. Notwendig dazu ist, dass der Respekt vor den Menschen – auch wenn wir sachlich unterschiedlicher Ansicht sind – unseren politischen Stil prägt. Nur wenn wir dies beherzigen, vermögen wir unsere Probleme zu bewältigen.

M. Darbellay: Il ne s'agit pas lorsqu'on est le trente-cinquième orateur de faire une analyse complète, il faut se contenter d'un certain nombre de remarques. D'abord merci à la commission pour le travail nécessaire effectué. Nous avons été surpris par certaines découvertes, puis choqués, et les déclarations de ces derniers jours vont un peu dans le même sens: défaut d'information, plus grave encore, informations erronées. Nous déplorons qu'on ait pu mener des investigations internes comme on l'a fait vis-à-vis d'organisations et de citoyens suisses. Nous regrettons également que la primauté du politique n'ait pas été respectée. On a largement parlé de la P-26 et de la P-27, nous regrettons qu'elles aient été mises sur pied sans les bases légales nécessaires. Mais nous n'irons pas jusqu'à emboucher la trompette de ceux qui sont en train de discréditer tous ceux qui ont pu travailler dans ces organisations, en imaginant pour elles toutes sortes d'activités. Non, la plupart des personnes qui ont travaillé dans ces organisations étaient des citoyens soucieux de servir leur pays et à ces personnes-là aussi nous devons le respect. Il faut savoir faire la distinction entre les personnes et les choses.

M. Carobbio nous a invités à ne pas dramatiser, nous n'y tenons pas. Mais nous ne voulons pas «bagatelliser» non plus. Il s'est passé des choses graves et nous devons en tirer les enseignements justes. Après le rapport Bachmann, on a une connaissance de ce qui s'était passé, mais on n'a certainement pas tiré toutes les conclusions. Il aurait fallu à ce moment-là mettre en place un conseil de sécurité, cela n'a pas été fait, il faut le faire aujourd'hui. Nous constatons d'autre part que la guerre froide n'est pas seulement le fait de deux blocs, elle nous a concernés également et de très près et nous sommes concernés aujourd'hui aussi par sa démobilisation. Cette démobilisation, nous devons la réussir. Le Conseil fédéral a commencé par supprimer la P-26 et la P-27, nous l'approuvons et nous lui disons que nous sommes prêts à appuyer une politique ferme, prospective et transparente de sa part et de la part du chef du Département militaire. Il faut pour cela qu'il clarifie très rapidement les questions restées ouvertes, qu'il mette en place les services dont on a besoin aujourd'hui, par exemple des services de renseignements stratégiques, tenant compte de tous les risques que nous courons. Il faut aussi, Parlement et Conseil fédéral, que nous mettions en place les structures nécessaires proposées par la première et par la deuxième Commissions d'enquête, de manière à ce que, comme vient de le dire M. Fäh, nous puissions dès aujourd'hui regarder davantage vers l'avenir. Nous devons tenir compte de ce passé, nous ne devons pas le tracer d'un trait de plume, nous devons en tirer les conclusions, mais nous devons également nous occuper des problèmes sérieux qui nous attendent dont notre relation avec l'Europe n'est pas des moindres!

Pour pouvoir remplir notre tâche, Conseil fédéral, Conseil national et Conseil des Etats, organes politiques, nous avons aussi besoin de l'administration et dans les tâches urgentes qui nous attendent, nous devons avoir le souci de créer ou de recréer cette ambiance de confiance entre le politique et l'administration, entre l'administration et le politique.

Frau Stocker: Nach allem interessieren mich die Wirkungen dieser EMD-Puk. Ich mache deren drei aus. Eine erste: Wut, Kränkung, Empörung, Erschütterung, und zwar hüben wie drüben. Ich habe als Sozialarbeiterin ein gewisses Verständnis für diese gekränkten Helden, die nun entlarvt sind und ver-

stehen müssen, dass auch sie vielleicht lange – zu lange – einem Bild nachgerannt sind, das sich selbst überlebt hat. Ich habe aber auch Verständnis für meine Seite, und ich möchte Sie bitten, nur einen Moment zuzuhören.

Die Herren Couchepin, Müller, Fäh und alle, die Sie hier im Saal von der anderen Seite her argumentieren: Versuchen Sie zu verstehen, was es bedeutet, wenn man sechs Frontorganisationen angehört, wenn man auch eine Familie hat, die «unter Bedrohung an Leib und Leben» – wie die «NZZ» so schön für die Helden sagt – der Securitate à la Wilhelm Tell unter Umständen ausgeliefert gewesen wäre! Der oder die Betroffene spürt, dass er oder sie auch tendenziell im Register eines alt Generalstabschefs, eines alt Chefbeamten eines militärischen Bundesamtes gewesen ist, der mit recht zweideutigen Angeboten an einen herangetreten ist.

Und die Kolleginnen und Kollegen Beiräte hier im Saal: Wie sollen wir miteinander weiter zusammenarbeiten? Vertrauen Sie mir, vertraue ich Ihnen? Wie wollen wir einander glauben nach all diesen Grabenkriegen und Kränkungen hier wie dort? Eine zweite Wirkung mache ich aus, und sie stimmt mich nachdenklich: Ich kenne Hunderte von Frauen und Männern, die aus diesem Land emigrieren – innerlich. Sie fühlen sich wie ich in einem besetzten Land, in dem eine Ideologie um sich gegriffen hat, die uns kaputt machen will. Meine Damen und Herren: Die meinten zum Teil auch mich, als sie ihre Szenarien inszenierten! Sie meinten unter anderem mich und meine Freundinnen und Freunde von der Friedensbewegung, der Frauenbewegung, der Ökologiebewegung, als sie ihre Heldentaten programmierten. Wie sollen wir hier eine Zukunft haben?

Vielleicht haben meine Freundinnen und Freunde recht, wenn sie mir sagen: Du musst demissionieren. Das ist ein System, das Menschen wie dich nicht will. Sie nicken? Jawohl, das verstehe ich gut, das hätten Sie gern! Aber ich muss Sie enttäuschen: Diese Freude mache ich Ihnen nicht, meine Herren!

Und eine Wirkung drei, die ich leider nicht ausmache in diesem Saal: Es wäre nötig, dass wir uns einer echten Auseinandersetzung stellen würden. Das würde drei Dinge bedeuten: Ueber Ideologien, über Werte sich auseinandersetzen, das erfordert geistige Potenz. Das erfordert nicht 10 Millionen Franken und nicht Geheimarmeen, sondern geistige Grösse, menschliche Kapazität. Ich vermisse sie.

Oder: der Militarismus als Ideologie. Er ist die einzige Ideologie, die keine Anfrage an sich selbst erlaubt. Wer nämlich eine Frage an den Militarismus stellt, wird zum Feind gestempelt, der gerade wieder den Militarismus rechtfertigt. Das ist zu hoch für Sie, Herr Frey, ich weiss. *(Heiterkeit)*

Aber verstehen Sie: Das ist latent die Struktur eines totalitären Staates. Und dafür ist mir die Schweiz zu wichtig.

Ein letzter Punkt, Sie haben ihn ebenfalls erwähnt, Herr Fäh: Wie soll Vertrauen in den Rechtsstaat wieder möglich werden, wenn Generalstabschefs, Amtsträger, Bundesräte, alt Bundesräte für sich in Anspruch nehmen, selbst zu definieren, wo für sie der Rechtsstaat anfängt und vor allem, wo er aufhört?

Die Wirkungen des Puk-Berichtes werden uns sehr, sehr lange beschäftigen. In unserem Staat herrscht Apartheid. Es gibt jene, die auf der Täter- und auf der Wissenseite waren, und es gibt jene, die potentiell auf der Opferseite waren. Und es braucht sehr, sehr viel, bis dieser schmerzliche Graben überwunden wird. Ich selbst bin mir noch nicht sicher, wie das für mich selbst und für meine Gruppen, für meine Partei ausgeht. *(Beifall)*

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

Frey Walter: Liebe Kollegin Stocker, da Sie mich angesprochen haben und mich in bezug auf meinen Intelligenzquotienten eingestuft haben, möchte ich Ihnen erstens einmal danken, dass Sie das getan haben, und Sie anfragen, ob Sie bereit wären – wenn ich mich durch Ihr Votum verunsichert fühlen würde –, mir auch die notwendige psychiatrische Hilfestellung zu geben. Ich wäre Ihnen dann dankbar. *(teilweise Heiterkeit)*

Wyss William: In meinen Ausführungen möchte ich mich zu einigen Schlussfolgerungen der Parlamentarischen Untersuchungskommission äussern.

Vorweg stelle ich fest, dass die Kommission umfassende Arbeit geleistet hat. Wir haben mit dem Puk-Bericht einen guten Einblick in die Angelegenheiten der Widerstandsorganisation und des ausserordentlichen Nachrichtendienstes erhalten.

Nachdem sowohl in der Öffentlichkeit als auch im Ständerat und heute hier in diesem Saal viel Vergangenheitsbewältigung über die Bühne gebracht wurde, sollten wir auch einen Beitrag zur vernünftigen und verständlichen Zukunftsbewältigung leisten.

Wir, das Parlament, haben wichtige Kontrollfunktionen, das ist unbestritten. Wir haben aber auch wichtige Führungsfunktionen, und wenn wir in Zukunft glaubwürdig bleiben wollen, müssen wir beide Funktionen optimal wahrnehmen.

Bei sorgfältigem Studium der verschiedenen Motionen und Postulate der Kommission fällt mir auf, dass viel zu viele Details gefordert wurden, die dem Bundesrat bei der Vorbereitung der hier verlangten Gesetzesänderungen, sei es im militärischen oder im bundespolizeilichen Bereich, wenig Spielraum lassen.

Bereits die parlamentarische Initiative, die richtigerweise nur in Form einer allgemeinen Anregung abgefasst wurde, erachte ich als zu detailliert. In dieser Form kann ich dieser Initiative nicht zustimmen. Warum? Ich bin einverstanden, dass auch Tätigkeiten, die einer besonderen Geheimhaltungspflicht unterliegen, von einer besonderen Delegation beider Räte soweit wie nötig beaufsichtigt werden. Ob diese aus einer gleichen Zahl von Mitgliedern des Nationalrates und Ständerates zusammengesetzt sein soll, erachte ich bereits als nebensächlich. Die Fragen der Aktenbeschaffung, Amtsverschwiegenheit und Geheimhaltung müssen wir im Rahmen der Revision des Geschäftsverkehrsgesetzes einerseits und der Erstellung einer Gesetzesgrundlage für Sicherheitsüberprüfungen andererseits diskutieren und dort verabschieden. Hier verweise ich auf die Motion 3.

Dass im heutigen Zeitpunkt die Auflösung der Widerstandsorganisation in die Wege geleitet wurde, erachte ich als richtig. Wir wissen auch, dass der Generalstabschef mit dem Vollzug beauftragt wurde.

Ich komme zur Motion 1: Hier beantragt uns der Bundesrat, den Vorstoss abzuschreiben. Mit dem Wunsch des Bundesrates bin ich einverstanden, erwarte aber, dass wir Parlamentarier über den Abschluss der Auflösungsarbeiten der Organisation P-26 orientiert werden.

Ich spreche zur Motion 4: Diese erteilt dem Bundesrat einen etwas merkwürdigen Auftrag. Hier wird gefordert, in Sachen Geheimchutzvereinbarungen müsse der Bundesrat prüfen, er müsse allenfalls revidieren oder sogar aufheben. Mit diesem Vorstoss nehmen wir unsere Führungsaufgabe ungenügend wahr! Wir könnten uns in einem späteren Zeitpunkt viele kritische Worte ersparen, wenn wir hier klar sagen würden, was wir wollen.

Ich komme zum ersten Postulat: Da habe ich auch Mühe. In der zweiten Motion erhält der Bundesrat unmissverständlich den Auftrag, den ungesetzlichen Zustand des ausserordentlichen Nachrichtendienstes zu beenden, indem er diese Organisation in den Stab der Gruppe für Generalstabsdienste überführen soll.

Im Postulat 1 wird der Bundesrat eingeladen, sofern er den ausserordentlichen Nachrichtendienst ausserhalb der Verwaltung weiterführen möchte, müsse er dem Parlament eine entsprechende Gesetzesgrundlage unterbreiten.

Hier hat Frau Mauch erklärt, die SP-Fraktion könne dem Postulat 1 nicht zustimmen. Ich erachte dieses Postulat sogar als unnötig, denn mit der zweiten Motion erhält der Bundesrat einen klaren Auftrag für die Zukunft, für die Zukunft des ausserordentlichen Nachrichtendienstes natürlich.

Ich komme zum Schluss: Was in der Vergangenheit nicht einwandfrei gesetzlich geregelt war, konnten wir dem ausführlichen Bericht entnehmen. Auch viele Votanten hier an diesem Mikrophon haben auf gewisse ungenügende Grundlagen hingewiesen. Mit den heutigen Puk-Vorstössen sollten wir dem Bundesrat klare und unkomplizierte Aufträge erteilen, die darauf abzielen, die fehlenden Grundlagen zu ergänzen oder bestehende Schwächen im Kontrollsystem auszumerzen.

Mit allzu vielen Vorstössen und Details erschweren wir dem

Bundesrat die vorbereitende Arbeit. In den vorberatenden Kommissionen werden wir zu gegebener Zeit noch genügend Gelegenheit haben, uns über Wenn und Aber und viele Details zu unterhalten.

Wir beklagen uns auch über den riesigen Papierkrieg, den wir zu bewältigen haben. Oft tragen wir aber wenig dazu bei, die Papierflut etwas zu reduzieren. Das beweisen wir mit den hier allzu zahlreichen Vorstössen.

Nun hoffe ich, dass der Bundesrat bei der Aufarbeitung der hier vorliegenden Aufträge die Armee reform 95 voll und ganz im Auge behält. Wir sprechen immer von Koordination. Herr Bundesrat Villiger, ich wünsche Ihnen bei der Bewältigung der bevorstehenden Revisionsarbeiten eine geschickte Hand und bin überzeugt, dass Sie den ganzen Zusammenhang, gerade mit Blick auf die Sicherheit unseres Landes, nicht aus dem Auge verlieren.

Herczog: Die Rechtfertiger von P-26 nennen zwei Argumente: erstens, die Vorbereitung des Widerstandes sei legitim, und zweitens, der Aufbau sei im Lichte des kalten Krieges gewissermassen eine Schuld der Geschichte.

Diese Argumente können problemlos entkräftet werden. Stichwort: Die Erfindung von P-26 geschah nicht auf der Höhe des kalten Krieges (Kubakrise, Vietnamkrieg), sondern Anfang der achtziger Jahre, und der letzte Kredit wurde bekanntlich 1989 gesprochen, wo also kein normaler Mensch mehr von Ost-West-Konfrontation in diesem Sinne sprechen kann. Aber auch wenn man diese beiden Argumente gelten lassen möchte, sind sie ungenügend, da weitere gewichtigere Fragen unbeantwortet bleiben. So zum Beispiel:

1. Information: Das Prinzip «Mein Name ist Hase» ist dann politisch unverantwortlich, wenn das Bundesmonopol der Landesverteidigung an Private delegiert wird. Konkretes Beispiel: Warum sagt Bundesrat Koller, er hätte nichts gewusst, und demgegenüber sagt Herr Cattelan, Herr Koller wäre an mindestens zwei Uebungen dabei gewesen? Warum müssen Sie, Herr Bundesrat Villiger, Ihre Informationen aus Ihrem Bereich den Medien entnehmen? Und umgekehrt: Statt dass Sie als Chef an einer Medienkonferenz teilnehmen, lassen Sie Ihre Militärs auf der politischen Bühne antreten!

2. Der Auftrag: Die P-26 arbeitete regelmässig mit einer ähnlichen Organisation im Nato-Land Grossbritannien zusammen. Die P-26 hatte die gleiche Ausrüstung wie ähnliche Organisationen in der Nato. Diese europäischen Geheimtruppen – Schwert, Gladio, Shuffe usw., wie sie auch immer heissen – waren finanziell und operativ mit der CIA verknüpft, teilweise auch durch die CIA aufgebaut. Ziel dieser Organisationen – das können Sie heute in den Zeitungen nachlesen – war in erster Linie, kein einziges sogenanntes «unfriendly government» – «unfriendly» gegenüber der US-Administration – entstehen zu lassen.

Wenn wir nun wissen, dass bei uns Listen von sogenannten «Gefährlichen» und «Verdächtigen» existieren und Internierungspläne vorbereitet werden und dass alle ähnlichen Geheimorganisationen innerhalb des Nato-Raumes genauso mit inländischen Zielen operierten: Wie soll man nun glauben, dass die P-26 mit solchen Operationen, mit solchen Organisationen gar nichts zu tun hat? Wenn man von Naivität spricht, ist gerade hier keine Naivität am Platz.

3. Finanzgebaren im Eidgenössischen Militärdepartement: Ich habe schon mehrmals die versteckte, auf der Geheimhaltung beruhende Budgetierungsweise im EMD kritisiert. Es hat sich gezeigt, dass diese Kritik mehr als berechtigt war. Die 10,7 Millionen für P-26 im Jahre 1989 wurden irgendwo unter der Budgetrubrik «Verpflegung und Unterkunft» untergebracht. Die Materialbeschaffung, 20 Millionen für Uebermittlungsmaterial, wurden gar nicht als Verpflichtungskredite deklariert.

Da im Bereich der Rüstungsbeschaffung ja alles geheim figuriert, frage ich Sie: Wie wird uns garantiert, dass bei Rüstungsausgaben generell alles nach Plan und korrekt verläuft? Insbesondere: Wie garantieren Sie, Herr Bundesrat, dass nicht weitergehende Verknüpfungen mit der Privatwirtschaft existieren? Ich frage Sie ganz konkret, Herr Bundesrat Villiger: Kön-

nen Sie heute bestätigen, dass solche Verknüpfungen mit der Privatwirtschaft weder operativ noch finanziell existieren?

Ich bin auf alle Fälle mit der Weiterführung der Puk EMD einverstanden. Diese Fragen sollten geklärt werden. Es ist nämlich so – wie das Oskar Reck einmal geschrieben hat –, dass Loyalität zu unserem Land und kritischer Geist sich gegenseitig bedingen. Blinder Glaube und blinde Ergebenheit führen ganz eindeutig weg von unseren demokratischen Grundlagen.

Frau Ulrich: Heute morgen hat Frau Mauch zu Recht gesagt, dass dieser Staat nur durch das Volk selber gerettet werden kann und dass er eben nur gerettet wird, wenn das Volk das auch tatsächlich will. An diesem Willen des Volkes zweifle ich heute.

Frau Stocker hat vorhin gesagt, wie viele von ihren Bekannten in die innere Emigration gegangen sind. Ich möchte Ihnen ein kleines Beispiel erwähnen. Ich habe vor ein paar Tagen einen meiner alten Lehrer getroffen. Dieser Mann war für mich immer einer derjenigen, die bedingungslos zu diesem Staat und vor allem auch bedingungslos zur Armee standen. Er war Offizier. Man durfte kein Wort gegen die Verteidigung dieses Landes sagen. Vor ein paar Tagen sagte er zu mir: «Weisst Du, ich habe einige hundert Aktivdiensttage hinter mir. Ich würde heute keinen einzigen Tag mehr aktiven Dienst für dieses Land in der Uniform leisten.» Das hat mir stark zu denken gegeben. Es ist ein Zeichen dafür, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in diesen Staat verlorengegangen ist. Es bleibt uns in diesem Parlament und in der Regierung nichts anderes übrig, als alles zu tun, um dieses verlorene Vertrauen wiederaufzubauen.

Es wurde heute morgen verschiedentlich von «Zeitgeist» gesprochen, mit dem sich so vieles erklären lässt, was in den letzten Jahren passiert ist. Wenn wir aber aus der heutigen Situation zum Schluss kommen, dass wir nun etwas anderes tun müssen, haben wir die Pflicht, die Dinge rasch und gründlich zu ändern, mit allem aufzuräumen, um neu anfangen zu können. Begangene Fehler müssen eingestanden und die entsprechenden Konsequenzen rasch und mit allem Nachdruck gezogen werden.

Dazu gehört nicht nur das Auflösen der geheimen Strukturen und die Unterstellung der Einrichtungen unter eine bessere demokratische, parlamentarische Kontrolle, und zwar in allen Bereichen unseres Staatswesens. Dazu gehört für mich ebenfalls – auch wenn es nicht so spektakulär ist – die Entschuldigung bei all denen, die durch diese ganze Affäre in irgendeiner Weise beeinträchtigt worden sind. Ich denke hier im besonderen an den «Fall Murten» des Journalisten Andreas Kohlschütter. In der Märzsession haben Sie, Herr Bundesrat, die Glaubwürdigkeit von Herrn Kohlschütter vor diesem Rat, in diesem Raum in Frage gestellt und sich über sein – wie Sie damals sagten – zartes Gewissen mokiert. Sie haben damals auch gesagt, es stehe Aussage gegen Aussage, nämlich diejenige des Journalisten gegen diejenige des Una-Beamten. Der Puk-Bericht zeigt uns nun, dass Herr Kohlschütter nach dem Ablauf der Geschehnisse, wie sie die Puk eruiert hat, «annehmen durfte, dass der Una-Beamte ihn mit Andeutungen für eine Informationstätigkeit anzuwerben versuchte». Ihr ganzer Kommentar – Herr Bundesrat – zum «Fall Murten» im Ständerat bestand in einem Satz, und zwar in dem genau gleichen, den Sie im März schon in diesem Rat hier gesagt haben, nämlich wiederum: «Es steht Aussage gegen Aussage.» Dies genügt nicht!

Im Sinne des Aufräumens und des Neuanfangs ist es nötig, dass Sie, Herr Bundesrat Villiger, vor diesem Rat, vor dem Sie den Journalisten angegriffen haben, Ihre damalige Aussage zurücknehmen und sich entschuldigen. Es wäre dies ein kleiner Schritt auf dem langen Wege des Aufräumens und des Zurückgewinnens von Vertrauen. Dieser kleine Schritt ist zwar nicht so spektakulär wie die gestrige Ankündigung, die P-27 aufzulösen. Aber er ist wichtig als Zeichen, dass auch der Bundesrat begangene Fehler eingesteht und die Zukunft aktiv neu gestalten will, ganz im Sinne, das Vertrauen der Bevölkerung und die aktive Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger an diesem Staat wieder zurückzugewinnen.

Ich bitte Sie, diesen Schritt am Ende des 699. Jahres der Eidgenossenschaft, zu Beginn unserer 700-Jahr-Feiern zu tun.

Reimann Maximilian: Ich möchte mein Votum primär der Rolle der Medien widmen, die diese in vorliegender Angelegenheit eingenommen haben. Die Macht der Medien ist bekanntlich gross, der Einfluss auf die öffentliche Meinung sehr bedeutend. Das haben gerade die Beispiele der beiden Puk gezeigt, wo eine grosse und zumeist unwissende Öffentlichkeit das Spektakel rund um die sogenannten Enthüllungen mit grossem Interesse und Neugier mitverfolgt hat. In jüngster Zeit ist es nun Usus geworden, dass ein Teil der Presse uns Parlamentariern wie auch dem Bundesrat Noten austellt, Auf- und Absteiger ermittelt, Qualitätseinteilungen vornimmt usw.

Kein Wunder, dass unlängst auch Herr Jacobi glaubte, in diesen Chor der selbsternannten Kampfrichter mit einsteigen zu müssen. Im Gegensatz zu Herrn Jacobi als Staatssekretär ist es natürlich das volle Recht der freien Presse, uns Politiker und Behörden nach Lust und Laune kritisieren zu dürfen. Ebenso nehme ich aber auch mir das Recht heraus, der Öffentlichkeit einmal zu sagen, wie ein Mitglied des vielkritisierten Parlamentes über die Arbeit der Medien denkt.

Ich unterscheide dabei grosso modo drei Gruppierungen, wobei mir klar ist, dass die Uebergänge fliessend und überlappend sind:

In einer ersten Gruppe erwähne ich die grosse Mehrheit der abonnierten schweizerischen Tagespresse. Diese hat – pauschal beurteilt, zu mehr reicht die Zeit leider nicht – ihre Aufgabe mit Sorgfalt und Verantwortung erfüllt. Sie hat die Grenzen zwischen öffentlichem Interesse und würdeloser Sensationshascherei erkannt und respektiert.

In einer zweiten Gruppe sehe ich jene Medien, die mit konzentriertem Trommelfeuer das Spiel der Entrüstung, wie heute etwa wieder von den Fraktionssprechern der Grünen und der Sozialdemokraten aufgelegt, mitgespielt oder gar initiiert haben. Auch das ist natürlich das gute Recht dieser Presse. Aber was damit erreicht wurde, ist nicht ohne Belang. Die politische Kultur hat doch recht darunter gelitten; das Klima zwischen den politischen Parteien ist aggressiver geworden. Manche Bürgerin, mancher Bürger sieht sich in eine Identitätskrise gestürzt, nicht wegen der aufgetauchten Fichen oder wegen den Enthüllungen, sondern weil diese Themen zu einem politischen Dauerbrenner geworden sind und andere wichtige politische Aufgaben einfach liegenblieben.

Diese zweite Gruppe ist von möglichst hoher Transparenz in unserem Staat beseelt. Darf das Schweizervolk aber auch einmal erfahren, ob bei dieser Art von Journalismus alles mit legalen Mitteln zugeht? Wer sind eigentlich die heimlichen Verräter? Sind etwa gar Schmiergelder mit im Spiel? Transparenz wäre im Interesse der Sache auch hier einmal erwünscht.

Die dritte Gruppe sind die elektronischen Monopolmedien der SRG. Ihre Tätigkeit muss besonders genau betrachtet werden, ist sie doch an einen besonderen, verfassungsmässigen Leistungsauftrag gebunden. Die SRG ist als Medium nicht frei wie die Presse, sondern sie ist gehalten, im Rahmen der Verfassungsschranken eine sachgerechte Darstellung der Ereignisse zu gewährleisten und dabei angemessen die Vielfalt der Ansichten zu berücksichtigen. Ist dieser Leistungsauftrag hier eingehalten worden? Ich habe berechtigte Zweifel. Schon in der Verwendung der Begriffe wird deutlich, dass sehr oft nicht die von der Verfassung verlangte Vielfalt der Meinungen, sondern eine ganz bestimmte Tendenz zum Ausdruck gebracht wird.

Ein Beispiel, auch von Herrn Spälti eben erwähnt: Das Wort «Geheimarmee», mit Beharrlichkeit immer wieder verwendet. Aber 400 Leute sind nun wirklich keine Armee; wer das behauptet, der sagt nicht die Wahrheit. Dasselbe konnten wir auch schon bei der Puk 1 feststellen, wo namentlich im DRS-Bereich unser Land immer wieder als «Schnüffelstaat» bezeichnet wurde. Eine geistige Anleihe bei der GSoA, eine Beleidigung für breite Kreise unserer Bevölkerung!

Aber wie halten es gewisse SRG-Journalisten mit ihrer eigenen Schnüffelaktivität? Wie vor 14 Tagen in die Privatsphäre der Familie Cattelan eingedrungen wurde, war niveaularmer Boulevardjournalismus, unwürdig für eine nationale Medien-

anstalt. Oder wie hält man es mit der Unterschlagung von wichtigen Fakten? Eines der schönsten Beispiele deckte der Puk-Bericht selber auf: Ich erwähne das gleiche Beispiel wie Frau Ulrich, nämlich das ominöse Meeting von Murten. Beim Zuschauer wurde damals noch der Eindruck erweckt, dieses Meeting sei von der Una zum Zweck der Anwerbung von Herrn Kohlschütter als Spitzel inszeniert worden. Ich interpretiere den Puk-Bericht nun anders als Frau Ulrich. Er relativiert diese Version deutlich; das aber wurde seinerzeit den TV-Zuschauern verschwiegen.

Ich bezichtige keineswegs alle SRG-Mitarbeiter eines tendenziösen Journalismus; das tue ich nicht, das weiss man auch an der Giacomettistrasse draussen. Aber was sich einzelne Mitarbeiter dieses Monopolmediums in jüngster Zeit alles erlaubt haben – Schwachstellen in unserem Staat hin oder her –, dafür gibt es kaum eine Rechtfertigung. Ich bin froh, dass man in höheren Instanzen der SRG meine Lagebeurteilung zu teilen beginnt. Auch das ist eine positive Auswirkung dieser beiden Puk.

Braunschweig: Nach dem Votum meines Vorredners schlage ich vor, dass wir zum Thema «Vorkommnisse im EMD» zurückkehren, das wir heute nachmittag diskutieren. Zunächst eine ethische Ueberlegung: Nachrichtendienste, das tönt recht vertrauensvoll; es wäre aber ehrlicher, wenn man sagen würde: Spionageorganisationen. Darum geht es ja in Tat und Wahrheit. Und diese – ob sie nun so oder so heissen – sind immer aufgebaut auf Lüge, auf Misstrauen und auf Verdächtigung. Es gibt keine Spionageorganisation, die nicht auf Lüge aufgebaut ist. Wer sagt, diese seien absolut nötig, wir bräuchten diese Nachrichtendienste – ich unterscheide nicht zwischen ausserordentlichen oder ordentlichen –, der baut eben auf Lüge auf und sagt ja zur Lüge.

Die Lüge greift um sich, wird zum Normalfall: Wenn von bundesrätlicher Seite seit Monaten immer nur das eingestanden wird, was von der Presse oder von andern Medien recherchiert worden ist, so wird das zu späte Eingestehen zur Lüge. Das Wort «stufengerechte Information» ist ein anderes Wort für lügenhafte Information: Es gibt eine offene, demokratische Information – bei der «stufengerechten Information» entscheidet derjenige, der die Information hat, wem er Informationen weitergeben will. Nach meiner Auffassung ist diese Willkür Lüge. Wir sollten vorsichtig sein im Gebrauch neu auftauchender Worte und fragen, welcher Aussagewert dahintersteht.

Die zweite Ueberlegung betrifft den Zeitgeist: Befürworter und Verharmloser der Geheimarmee tun so – es wurde heute auch mehrmals so getan –, als ob es damals, in der Zeit des kalten Krieges, nur den einen, immer wieder beschriebenen Zeitgeist gegeben hätte. Es gab aber während des kalten Krieges in diesem Lande auch noch Menschen, die die Verteufelung der Sowjetunion nicht mitmachten, obwohl sie ihr mindestens ebenso kritisch und ablehnend gegenüberstanden. Sie blieben dem Dialog auch unter erschwerten Bedingungen treu. Sie fragten nach geschichtlicher Entwicklung, nach Konfliktursachen, nach Strömungen und suchten Nischen und Ritzen in diesem Gebäude der Macht und der Bürokratie.

Konkret denke ich an die Dialoge, die während des ganzen kalten Krieges an wissenschaftlichen Kongressen in allen Fachgebieten immer wieder geführt worden sind. Es gab Hindernisse – diese lagen aber auch auf unserer Seite. Ich denke an kirchliche Begegnungen, beispielsweise an die Christliche Friedenskonferenz, die immer wieder so schlecht und einseitig dargestellt worden ist. Es gab kulturelle Einladungen, soweit sie nicht – auch von unserer Seite – verhindert worden sind. Es gab Friedens- und Entspannungsvorschläge; ich denke beispielsweise an die Ideen eines polnischen Aussenministers, der schon in den sechziger Jahren an die Schaffung einer atomfreien Zone dachte. Unser Land stand leider immer abseits.

Persönlich war ich damals Sekretär der Schweizerischen Vereinigung für internationalen Zivildienst. In den fünfziger Jahren haben wir während acht Jahren mit den zuständigen Stellen der Sowjetunion verhandelt, bis wir in der Sowjetunion einen freiwilligen internationalen Arbeitsdienst nach unseren Vorstellungen – ohne Propaganda, aber mit Diskussion – durch-

führen konnten. Solche Dinge waren im kleinen Rahmen möglich; wenn sich noch mehr daran beteiligt hätten, wäre auch mehr möglich gewesen. Eine offizielle Unterstützung erhielten wir so gut wie nie, im Gegenteil.

Oft vermissten wir auch die Mitarbeit der Medien, die heute so aktiv und erfolgreich recherchieren und an der Wiederherstellung der Demokratie und der Freiheit in unserem Lande mitarbeiten.

Diese Minderheit des andern Zeitgeistes vertrat auch im militärischen und im ausserpolitischen Bereich andere Ideen. Es waren Konzepte vorhanden – ich denke an die Bewegung der Blockfreien Staaten –; die offizielle Schweiz war durch das einseitige militärische Denken gelähmt, das zwangsläufig zu dem geführt hat, führen musste, das wir heute diskutieren: Geheimnachrichtendienste, Geheimarmee.

Eigentlich bin ich dankbar, dass ich zur Minderheit gehört habe, die damals den Weg des demokratischen Dialogs, der militärischen Zurückhaltung und des ausserpolitischen Engagements, ausgerichtet auf die Dritte Welt, gegangen ist.

Bonny: Am 5. Juni 1986 fand in diesem Saal zu einer Interpellation Sager eine interessante Debatte über das Widerstandsrecht statt. Vertreter der Linken haben sich damals – das sei festgestellt – geschlossen für das Recht auf Widerstand des einzelnen, am Rande oder ausserhalb des Rechts, eingesetzt zur Wahrung höherer Grundsätze. Eine Kollegin hat damals gesagt: «Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht.»

Es gibt aber auch ein Widerstandsrecht des Staats: Im Staatszweckartikel 2 der Bundesverfassung – ich gestatte mir, Herr Rechsteiner, ihn trotzdem zu zitieren – wird an erster Stelle «die Behauptung des Vaterlandes gegen aussen» erwähnt.

Primäre Aufgabe unserer Regierung ist es somit, die Weiterexistenz der staatlichen Gemeinschaft mit allen Mitteln zu gewährleisten. Die Schaffung einer Widerstandsorganisation für den Besetzungsfall oder eines Nachrichtendienstes zur Vorwarnung gegen einen Angriff von aussen sind für mich klare Aufträge, die sich zwar mittelbar, aber zwingend aus dem Auftrag ergeben, den unsere Regierung aus der Verfassung erhalten hat.

Nicht in Ordnung – und hier kritisiert die Puk zu Recht – ist die fehlende Abstützung auf Gesetzesstufe; nicht in Ordnung sind auch die Verletzungen des Finanzhaushaltgesetzes – übrigens ähnliche Verletzungen, wie wir sie bei der Verabschiedung des Budgets begangen haben, als wir das Volk mit Zahlen, die der Teuerung bewusst nicht angepasst waren, hinters Licht geführt haben. Das Offenlegen von Missständen und Fehlern ist Aufgabe der Puk und rechtfertigt deren Existenz.

Der Bericht enthält viel Richtiges und Wertvolles, ist aber leider auch mit Fehlern und Ungereimtheiten behaftet. Ich habe den Eindruck, dass die Puk 1 besser gearbeitet hat. Die Puk 2 fordert zu Recht eine parlamentarische Kontrolle. Die fehlende parlamentarische Kontrolle war ein Fehler, aber ein Fehler, den vor allem wir als Parlament mitzuverantworten haben.

Was mich bedrückt, ist die Art und Weise, wie in- und ausserhalb dieses Hauses die Diskussion geführt wird. In unserem Land grassiert eine Art geistiger Masochismus, eine Tendenz zur Selbsterfleischung. Die Schweiz droht zu einer Abbruch-GmbH zu werden. Wir von den Behörden haben darauf zu achten, dass wir das Volk nicht noch mehr verunsichern; wir müssen es durch Offenlegung und klaren Kurs stärken.

Der Bundesrat – hier ist ein offenes Wort fällig – tritt in dieser kritischen Phase viel zuwenig als Kollegium auf. Drei Mitglieder der jetzigen Regierung waren bzw. sind schliesslich Chef des EMD. Entweder tritt der Bundesrat künftig vermehrt als Einheit auf – das gilt auch für andere wichtige Geschäfte –, oder er wird – das kann eine folgenschwere Aussage sein – als Führungsorgan scheitern, was eine Reform und Umstrukturierung des Bundesrats von Grund auf nötig machen wird.

Ein kritisches Wort ist auch zum Verfahren der Puk gemäss Artikel 55ff. des Geschäftsverkehrsgesetzes am Platze. Ich stelle fest, dass mit Bezug auf den Rechtsschutz der Betroffenen Rechtsgrundlage und Praxis der Puk absolut ungenügend und inakzeptabel sind. Ein Puk-Betroffener, sei es nun ein alt

Bundesrat, ein alt Generalstabschef oder irgendein anderweitig Betroffener, hat weniger Rechtsschutz als der letzte Kriminelle in diesem Land. Er hat keine Rechtsmittel; es ist z. B. nicht in Ordnung, wenn Generalstabschef Zumstein in einem dürren Brieflein vom 30. Oktober 1990 die Vorwürfe etwa in zwei Sätzen mitgeteilt bekommt, der entscheidende Vorwurf aber, nämlich die potentielle Möglichkeit eines Umsturzes (S. 199/200), mit keinem Wort erwähnt wird. Er hatte so denn auch nicht die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen. Das ist nicht in Ordnung.

Ich komme zum Schluss: Es ist rechtsstaatlich bedenklich, wenn ein Instrument, das der Verteidigung des Rechtsstaates dienen soll, in seiner Praxis dann selber Grundsätze des Rechtsstaates missachtet. Ich werde daher eine parlamentarische Initiative einreichen, die eine deutliche Verbesserung der Rechtsstellung und des Rechtsschutzes der Betroffenen im Puk-Verfahren verlangt.

Steffen: Mit dem Beschluss, eine parlamentarische Untersuchungskommission einzusetzen, haben National- und Ständerat eine Gruppe beauftragt, Licht in höchst geheime Bereiche unserer Sicherheits- und Abwehrpolitik zu bringen. Dieser Auftrag wurde mit bekannt schweizerischer Gründlichkeit erfüllt und fand seinen Niederschlag im vorliegenden Puk-EMD-Bericht von 277 Seiten und in den Stellungnahmen des Bundesrates.

Die Anträge der Kommission habe ich zur Kenntnis genommen; wir können feststellen, dass der Bundesrat diese vollumfänglich akzeptiert. Damit kann der Bundesrat, wenn wir diese Vorstösse ebenfalls übernehmen, mit Handeln beginnen. Seine Entscheide, P-26 und P-27 aufzulösen, sind Entschlüsse, die nach der Offenlegung dieser Geheimbereiche eine verständliche Massnahme darstellen. Allerdings hat man den Eindruck, diese seien durch die konzertierte Medienkampagne und durch den Druck der damit angefachten sogenannten öffentlichen Meinung und nicht aufgrund einer seriösen Beurteilung der Lage gefasst worden.

Die Motion 1 räumt dem Bundesrat immerhin Zeit bis zur Herbstsession 1991 ein, entweder gesetzliche Grundlagen für eine Widerstandsorganisation vorzulegen oder über die vollzogene Auflösung Recherche abzulegen.

Was kann ich schon in nur fünf Minuten Abdankungsrede über die allzu früh verstorbenen Organe des Widerstands und der Sicherheitspolitik aussagen? Burschikos ausgedrückt: Zwei im Geheimbereich und mit ungenügender Gesetzes- und Verordnungsgrundlage operierende Gruppen, die eine jahrelange aufwendige Aufbauarbeit hinter sich haben, sind bei einem Jagdunfall umgekommen, haben die Beine gestreckt und hinterlassen durch ihren Ausfall eine gefährliche Lücke im Verteidigungsdispositiv unseres Landes. Ich erwarte vom Bundesrat, dass er bald die Möglichkeit schaffen wird, rechtzeitig die Lücke zu schliessen.

Im zweiten Teil meiner Ausführungen möchte ich mich mit der sich ausbreitenden Behauptung, der kalte Krieg sei zu Ende, auseinandersetzen. Diese Behauptung wurde von utopischen Hochgradpolitikern bei Besuchen und auf Konferenzen in die Welt gesetzt, von den Medien verbreitet und eingehämmert und schliesslich von Parlamentariern und Bundesräten kritiklos übernommen.

Kurz nach dem Fall der Berliner Mauer hatte Gorbatschow vor russischen Studenten geäussert: «Wir sind für einen lebendigen Lenin.» Doch wer bei uns erinnert sich noch an die Marschparolen des lebendigen Lenin? Hierzu drei Zitate: «Wir gehen vorwärts, wenn wir zurückgehen.» «Wenn wir stark sind, dann lasst uns Schwäche vortäuschen.» «Die taubstummen kapitalistischen Hamsterer und ihre Regierungen werden uns Kredite eröffnen, welche die Kassen der kommunistischen Organisationen in ihren Ländern füllen, und werden mit der Lieferung von Waren aller Art unsere Kriegsproduktion vergrössern und verbessern, die wir für künftige siegreiche Angriffe gegen unsere Lieferanten benötigen.»

Was meint Gorbatschow mit seinem «lebendigen Lenin»? Solche Aeusserungen müssen wir ernst nehmen, und wir müssen auch beim Entspannungsprozess auf der Hut sein. Ist der kalte Krieg wirklich liquidiert, wenn die Auslandagenten des

Stasi oder die in unser Land eingeschmuggelten Speznas-Leute nicht enttarnt und ausgeschafft sind? Herr Kollege und Brigadier Mühlemann hat von 3000 Personen gesprochen.

General Markus Wolf, einer der höchsten Stasi-Chefs, ist mit den Auslandsakten des Stasi noch rechtzeitig nach Moskau verschwunden. Die Fichen über uns hier im Parlament, die Organigramme und Einsatzpläne für ausländische Geheimorganisationen in der Schweiz dürften in Moskauer Kellern lagern – leider gibt es dort im Osten keine Puk 1 und keine Puk 2.

Die Schweiz war immer und ist noch das Eldorado der fremden Geheimdienste und der fremden Dunkelmänner. Wer weiss, vielleicht wurden bestimmte Enthüllungen im Zusammenhang mit Puk 1 und 2 von ausländischen Agenten an Journalisten weitergegeben – wer weiss?

Zum Schluss möchte ich all jenen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die bereit waren, im Kriegsfall besonders gefährliche geheime Aufgaben zu übernehmen, persönlich danken. Im Gegensatz zu gewissen Journalisten unterstelle ich diesen Leuten keine unlauteren, verfassungsfeindlichen Absichten, denn es gibt auch nach dem Spuk-Bericht – entschuldigen Sie den Freudschen Versprecher: nach dem Puk-Bericht – keine diesbezüglichen Anhaltspunkte.

Ich hoffe, dass mit der Behandlung des vorliegenden Berichts dieser Spuk vorbei sein wird.

M. Spielmann: Je ne veux pas reprendre tout ce qui s'est dit dans le débat depuis ce matin, mais simplement préciser que j'étais parmi ceux qui avaient exprimé leur scepticisme quant aux résultats qu'on pouvait attendre d'une telle commission d'enquête. Certes, elle apporte quelques débuts de réponses et donne surtout un éclairage accablant sur les responsabilités politiques des responsables qui ont fermé les yeux face à la mise en place de cette armée secrète, mais en fait elle soulève plus de questions qu'elle n'apporte de solutions. D'ailleurs, les révélations qui se succèdent après le dépôt de son rapport le démontrent. Décidément, s'il y a une constante chez les responsables successifs du Département militaire fédéral – il a déjà été relevé à cette tribune que trois d'entre eux siègent aujourd'hui encore au Conseil fédéral – c'est qu'ils sont toujours en retard d'une révélation. Cette constante dans le retard et dans la volonté de faire la transparence laisse planer plus que des doutes sur le désir de tourner la page. Plus grave encore, comme cela a été dit à plusieurs reprises depuis le début de cette affaire, on tente de cacher tout ce que l'on peut, sauf lorsqu'il n'y a plus d'autres possibilités. Face à cette réalité, une seule décision s'impose, soit prendre en main les destinées de ce département, soit démissionner.

Mise en place de cette armée secrète: elle a lieu dans le contexte – comme cela a été répété tout à l'heure – des années 80 et aussi sur la base de ce qui s'est fait dans le cadre des fiches de la police politique. Elle a donc un but bien précis. On a affirmé aujourd'hui que nous avions l'imagination féconde de quelqu'un qui aurait la maladie de la persécution. J'aimerais quand même rappeler qu'il y a une constante dans les fiches du Ministère public et dans les décisions de l'armée secrète. On a prévu d'interner des gens, on a rédigé des listes de personnes, non en fonction de leurs activités, mais en fonction de ce qu'elles pouvaient penser ou de leurs éventuelles actions. Ceci est particulièrement grave. Rappelez-vous simplement les conclusions du rapport Bonjour. Pensez simplement à ce qui se serait passé lors de la dernière guerre avec une invasion de l'Allemagne hitlérienne. Elle n'aurait plus eu qu'à utiliser les mandats de perquisition et d'arrestation qui avaient été préparés pour 2000 citoyens de ce pays. Cette décision est donc particulièrement insoutenable.

Le problème de fond soulevé – je dois dire que je suis effaré d'avoir entendu certaines prises de position à cette tribune – concerne un changement de mentalité. On ne défendra pas le pays contre une partie de sa population. L'histoire a démontré que ceux qui se sont tout le temps battus sont aussi ceux qui ont pris part à la vie politique de ce pays, quelquefois de manière critique. Or, tout progressiste, toute personne coupable de s'être manifestée pour la paix, de s'être engagée pour la protection de l'environnement était systématiquement fichée et désignée comme traître à la patrie. Tout cela est inaccepta-

ble, d'autant plus que, si on consulte l'histoire, on remarque dans quel camp se sont placés les superpatriotes au début de la dernière guerre. Rappelons aussi qu'à cette époque on avait parlé du groupe des 200. Aujourd'hui, on se réfère à un groupe des 400. Il y a là parfois quelques rouages de l'histoire qui se regroupent.

En ce qui concerne les réponses non apportées, celles ayant trait aux liens avec la CIA, il faut dire qu'il y a toute une série de révélations qui tombent depuis quelques années et qui d'ailleurs éclairent d'un jour nouveau les activités des armées secrètes de l'ensemble de l'Europe. Ainsi, elles seraient coupables ou elles auraient préparé des attaques de train en Italie (Italicus). On parle aussi à leur propos de l'attentat de la gare de Bologne et de liens avec Gelli. On rappelle aussi que dans la commission d'enquête parlementaire italienne sur la Loge P-2, le vice-président, Alberto Cecchi, avait déjà parlé de ce Club de Berne – antenne de la CIA – qui préparait en fait toute une série d'offensives. Il avait été clairement dit, et la télévision suisse alémanique l'avait aussi annoncé par l'intermédiaire d'un membre de la CIA, que l'OTAN était directement liée à la CIA, aux armées secrètes et aux organisations «Gladio» successives et, dans les pays neutres, elles passaient par des groupements tels que celui-ci. Il y a donc là aussi toute une série de questions qui sont soulevées et qui sont restées sans réponse.

C'est la raison pour laquelle je souhaitais que la commission poursuive son travail. Toutefois, comme les deux rapporteurs ont répondu par avance à mon souhait au début de cette séance, je retire ma proposition.

Je conclus en affirmant que l'on ne changera rien, ni dans l'affaire des fiches, ni dans l'affaire des polices secrètes, ni dans celle de l'armée secrète, sans une profonde évolution de la mentalité, sans une ouverture sur l'avenir et sans une prise en compte de tous ceux qui, dans ce pays, participent activement à la construction démocratique avec un esprit critique, car sans un tel esprit on ne progresse pas. Alors, vouloir s'aliéner toute une partie de la population, c'est affaiblir la défense de ce pays.

Präsident: Herr Spielmann hat seinen Antrag zurückgezogen.

Schmid: Die Puk EMD hat analog zur ihrer Vorgängerin in einen merkwürdigen Untergrund hineingestossen und ist auf einen Sumpf gestossen. Da beide Male zum Teil gleiche Namen auftauchen und dies bei der Ueberprüfung des Falles Jeanmaire wiederum der Fall ist, handelt es sich unter Umständen um den immer gleich grossen Sumpf. Das kann einen erschrecken, wenn man bedenkt, dass wohl auch nach Abschluss aller Untersuchungen der Sumpf in seinem Ausmass noch lange nicht und vielleicht überhaupt nie abgesteckt werden kann. Man kann wohl Teile davon trockenlegen, aber vielleicht müssen wir mit ihm leben lernen und uns fragen, wie er entsteht und was zu tun ist, um ihn in Grenzen zu halten.

Die Demokratie ist die anspruchsvollste und darum wohl auch die zerbrechlichste Staatsform, die es gibt. Sie lebt von der Oeffentlichkeit und vom Dialog. Was nicht in der Tageshelle ausgetragen wird, treibt sein Unwesen in der Düsternis des Untergrunds, und zwar ungeachtet dessen, wie die weltpolitische Lage im Augenblick beurteilt wird. Dies hat eine lächerliche und eine bedrohliche Seite zugleich: lächerlich, weil es so gar nicht mehr in das Bild der internationalen Entspannung passt, bedrohlich, weil die Ueberwachungen und Bespitzelungen sich unweigerlich auch auf unbequeme, kritische Leute im eigenen Land ausdehnen. In der Tat ist kaum anzunehmen, dass eine solche Truppe je fein säuberlich zwischen äusseren und angeblich inneren Bedrohungen des Landes unterscheiden kann.

Während der Vorgänge in Rumänien erfuhren wir erstmals von der Existenz einer Geheimarmee. Keine Angst, ich ziehe da nicht einfach Vergleiche. Die Sache hat mich nur damals während der Diskussionen um eine Schweiz ohne Armee beschäftigt, weil offenbar weder die Existenz noch die Inexistenz einer offiziellen Armee vor einer möglichen illegalen und privaten Formation in der Unterwelt bewahrt. Ich kann mir sogar vor-

stellen: Je weniger wir öffentliche Institutionen zeitgerecht reformieren, desto mehr wuchern im Untergrund die Geheimbünde. Das ist keine Entschuldigung, höchstens eine psychologische Erklärung.

Ich setze daher einige Hoffnungen in eine wirklich umfassende Reform der Armee. Wir müssen diesem staatlichen Instrument jene Aufgaben geben, die zu lösen heute not tut. Wir können sie zu diesem Zwecke neu definieren, neu strukturieren, ja sogar völlig umkrepeln, die Wehrpflicht endlich einmal zur Dienstpflicht erweitern und die Angehörigen der Armee in die kommenden grossen sozialen und ökologischen Verantwortlichkeiten einbinden, statt jene zu diffamieren, die auf diese tatsächlichen Aufgaben und Gefahren hingewiesen haben. So wird der Sicherheit und dem Ueberleben am meisten Genüge getan, und so nebenbei werden die P-26-Leute und andere ängstliche EMD-Angestellte von ihrem wahnhaften Lebens- und Ueberlebensverständnis befreit. Räumen wir also angstfrei diesen unterirdischen Keller aus, und machen wir uns nach Bereinigung dieser unrühmlichen Vergangenheit an die gemeinsamen Aufgaben der Zukunft!

Mme Aubry: En prenant connaissance du rapport de la CEP DMF, j'ai ressenti une impression de malaise. On piétine volontairement ce que notre Parlement avait accepté en 1981, soit la création d'un service de renseignements extraordinaire. Seuls, le groupe du PÖCH et les communistes ne l'ont pas approuvé à l'époque. Aujourd'hui, les mêmes s'acharnent sur un soi-disant scandale qui n'en n'est pas un. Il y a des lacunes dans notre système, je l'admets, mais on peut y remédier.

Quels sont donc les buts recherchés par un rapport qui ressemble davantage à une oeuvre de délation et à des comptes d'espionnage qu'à un travail en vue de défendre notre sécurité? On a mis en miettes un sérieux morceau de notre défense en étalant des secrets qui devraient rester ignorés si nous voulons continuer de collaborer avec les services de renseignements étrangers ou tout simplement défendre notre pays. L'Europe est en plein bouillonnement et nous ne savons pas ce que l'avenir nous réserve à nous, Suisses, et à nos voisins. Veut-on faire oublier qu'à une époque la P-26 et la P-27 ont été acceptées par notre Parlement alors que la situation européenne était peu sûre? Nos compatriotes engagés l'ont fait de bonne foi et non par profit, et je remercie M. Darbellay de l'avoir souligné ici. Aujourd'hui, on fouine partout et on crie: «bas les masques» à ceux qui ont un secret de fonction ou détiennent un secret militaire. On les montre du doigt, comme des criminels. Qu'ont-ils fait d'autre que d'empêcher l'infiltration dans nos services de renseignements et que de recueillir des données importantes pour la sécurité du pays?

Ceux qui aujourd'hui, dans cette salle, en appellent à la démocratie et sont les plus acharnés à supprimer nos services de renseignements, n'étaient-ils pas les amis de Pol Pott qui a le sang de millions de Cambodgiens et de Vietnamiens sur ses mains, ou d'autres encore qui pliaient le genou devant les monuments de Staline ou louaient le régime des Honecker et Ceausescu? Et ce sont encore les mêmes qui exigent une base légale pour P-26 et P-27, alors que leurs amis des pays totalitaires employaient la Stasi, la Securitate, sans qu'ils émettent une seule protestation contre les meurtres et les violences.

Les propositions de la CEP DMF sont dangereuses. C'est particulièrement le cas de l'initiative parlementaire qui compromet la sécurité du pays, car elle mettrait des dossiers secrets entre les mains de n'importe qui. Ce rapport a pour but d'éveiller les soupçons sur tout ce qui touche à l'armée et c'est la suite d'un certain 26 novembre 1989. La Suisse en est aujourd'hui hébétée, les cadres de l'armée découragés, le pays déstabilisé. Beau travail! En un mot, je ne vois qu'une solution, mettre devant la porte du DMF une pancarte: «En liquidation au plus offrant». Ce seront ainsi 60 000 employés au chômage. C'est bien ce que cherchent certains ici présents, pensez-y!

Je ne puis que refuser un tel rapport. Notre pays vaut mieux que ces fouineurs. Monsieur le Conseiller fédéral, je vous réitère ici ma confiance à la tête du DMF, mais une confiance qui est liée à une démonstration de fermeté de votre part et de

celle des parlementaires encore aptes à juger de la gravité de la situation.

Reich: Gestatten Sie mir ein paar kurze Bemerkungen zum Komplex Finanzaufsicht aus der Perspektive der Finanzdelegation. Kurze Bemerkungen deswegen, weil ich der Januartagung der Finanzdelegation nicht vorgreifen möchte, die sich im Detail mit den sich hier stellenden grundsätzlichen Fragen befassen wird.

Kurze Bemerkungen aber auch aus einem verfahrenstechnischen Grund: Im Puk-Bericht steht auf Seite 10, dass alle befragten Personen angewiesen worden seien, über ihre Einvernahme Stillschweigen zu bewahren. Damit stellen sich der Finanzdelegation formale Probleme. Ich habe gestern Herrn Ständerat Schmid gefragt, ob diese Bestimmung noch Geltung habe. Er sagte, die Puk habe nichts anderes beschlossen. Er könne da keine klare Antwort geben. Ich muss infolgedessen Zurückhaltung üben, um nicht zusätzlich Wirrnisse rund um Beamte heraufzubeschwören, die ausserordentlich belastet sind und nach meiner Ansicht auch ungerecht behandelt werden, Beamte, die nach ihren eigenen Aussagen – im Sinne des Votums von Herrn Bonny – als Zeugen vorgeladen waren und nachher den Eindruck hatten, das Untersuchungszimmer als Angeklagte oder gar Verurteilte zu verlassen.

Hier und jetzt kann ich aber bezüglich Finanzkontrolle und Sekretariat der Finanzdelegation festhalten: In bezug auf die gesetzliche Grundlage ihrer Aktivitäten in diesem Zusammenhang war sie nach meiner Meinung in der gleichen Situation wie sämtliche anderen Beamten und Magistraten, die mit dieser Sache zu tun hatten – nicht mehr und nicht weniger.

Das wird im übrigen später einer abschliessenden Würdigung zu unterziehen sein. Gleichzeitig ist festzuhalten – und das wurde nie bestritten –, dass die finanztechnische Abwicklung ihrer Aufgabe untadelig war, zu keinerlei Beanstandung Anlass gibt.

In diesem Zusammenhang möchte ich Herrn Lanz – der heute morgen laut darüber nachgedacht hat, ob gegen die Exponenten der Finanzkontrolle nicht strafrechtlich vorzugehen sei – zu bedenken geben, dass er in diesem Zusammenhang doch wohl auch die Verantwortlichkeit der GPK und letztlich des Gesamtrates miteinbeziehen müsste, wenn es darum geht, strafrechtliche Positionen aufzubauen.

Zur Frage des Informationsstandes der Finanzdelegation: Frau Uchtenhagen hat heute vormittag ein sehr bitteres Votum abgegeben. Ich habe Verständnis für diese Bitterkeit, muss aber sagen, dass sie auf einer falschen Informationsbasis beruht. Im Puk-Bericht steht auf Seite 227, dass alle Präsidenten der Finanzdelegation über die Art der Finanzierung von P-26 und P-27 orientiert worden seien. Sie selbst hatte damit den Eindruck, sie sei nicht gleich behandelt worden wie andere Präsidenten der Finanzdelegation. Diese Annahme ist deswegen falsch, weil der Sachverhalt anders war.

Der Sachverhalt war wie folgt – Sie mögen sagen, es sei zu akribisch, aber in diesem Zusammenhang ist das sehr wichtig –: Die Präsidenten der Finanzdelegation wurden jeweils bei Amtsantritt darauf aufmerksam gemacht, dass die EFK im Zusammenhang mit dem Geheimbereich von Una und EMD ein Mandat habe. Das war die Aussage, und in etwas abgestufter Form erhielten die Militärsektionen der Finanzkommissionen die gleiche Auskunft. Sie wurden jeweils bei der Budgetbehandlung darauf hingewiesen, dass in einzelnen Positionen des EMD auch Beträge subsumiert seien, die diesen Geheimbereich betrafen. Ich weise darauf hin, dass auch die entsprechenden GPK-Sektionen jährlich Inspektionen im Bereich Una gemacht haben. Ich lanciere damit nicht ein Schwarz-Peter-Spiel, sondern ich stelle einfach den Sachverhalt klar.

Nochmals zur Finanzdelegation: Ich verstehe, dass Frau Uchtenhagen auf der Basis des Puk-Berichtes zu ihrer bitteren Aussage kam; aber ich wiederhole: Auf dem Hintergrund des präzisen Sachverhaltes, den ich hier dargelegt habe, ist kein Grund zu Bitternis vorhanden; auf diesem Hintergrund ist auch die Aussage von Herrn Bundesrat Villiger vor dem Ständerat, die Frau Uchtenhagen als Lüge bezeichnet hat, eben keine Lüge, sondern sie entspricht dem wahren Sachverhalt. Herr Villiger hat vor dem Ständerat wörtlich gesagt, die Präsi-

denten der Finanzdelegation seien eingeweiht worden, nämlich ins Mandat der EFK. Er hat nicht mehr und nicht weniger gesagt. Herr Bodenmann, Sie können nun in Ihrer bekannten Art lachen und den Kopf schütteln: Das war seine Aussage, und sie passt zum Sachverhalt, wie er besteht.

In diesem Zusammenhang – wenn schon von der Integrität von Herrn Villiger die Rede ist – möchte ich Ihnen noch folgendes sagen: Heute vormittag hat ein sehr hochrangiger nicht-bürgerlicher Politiker hier im Vorraum gesagt, nach seiner langjährigen Erfahrung sei Herr Villiger der stärkste EMD-Chef, den er kenne. Herr Villiger hat einen Nachteil: Er ist sehr präzise und skrupellos und nicht bereit – auch unter dem grössten Druck nicht –, Dinge zu versprechen, die er nicht halten kann. Das ist in der jetzigen Situation sein Pech, und wir sollten das entsprechend gewichten.

Ich möchte mich noch kurz zu zwei Voten äussern, die vorhin gefallen sind. Herr Herzog sagte, letztes Jahr hätte doch kein Mensch mehr an die Konfrontation von Ost und West gedacht. Andere haben das auch angetippt. Was war letztes Jahr um diese Zeit? Um diese Zeit stand das Schicksal des Volkes in Rumänien auf des Messers Schneide. Zu dieser Zeit fanden in Prag auf dem Wenzelsplatz noch die riesigen Schweigemärsche statt, die Druck ansetzten, um die Wende wirklich endgültig herbeizuführen: das ist die Realität. Wenn man sagt, das spiele heute keine Rolle mehr, ist das ganz einfach Geschichtsklitterung.

Ich möchte in diesem Zusammenhang Herrn Thür ein Wort sagen: Sie haben heute vormittag eine geradezu geniale Wortschöpfung gebraucht. Sie haben «Geheimarmisten» gesagt und damit die Assoziation zu den Rotarmisten beschworen. Das ist raffiniert, ist aber auch perfid, perfid auf eine besonders infame Art.

Der allgemeine Ruf nach Transparenz ist sicherlich berechtigt, aber er betrifft nicht nur die sogenannte Fichendemokratie, er betrifft auch die Informantendemokratie. Das EMD hat seit Jahr und Tag Lecks, die von einem Teil der Medien ausgenutzt werden. Da war niemand, der die moralischen Ansprüche re-etablierte und sagte, so gehe das nicht. Wenn das Vertrauen in diesem Lande wieder aufgebaut werden soll, muss auch die Rolle der Medien in den letzten Monaten aufgearbeitet werden, sonst kann das Vertrauen nicht wirklich wiederhergestellt werden.

Baerlocher: Das Vertrauen in die Regierung, in das Parlament ist nach Puk 1 und nach Puk 2 weiter geschwunden. Wo bleiben die Konsequenzen? Für mich ist das die wichtigste Frage nach dem Puk-EMD-Bericht. Ich meine damit nicht Suspensionen im Amt und Auflösung der P-26 und P-27. Es ist typisch für das schweizerische Regierungssystem, dass sich in derartigen Situationen keiner als wirklich verantwortlich bezeichnen will; weder der zuständige Bundesrat noch seine Vorgänger noch die Verantwortlichen im EMD.

Die Pressekonferenz der EMD-Verantwortlichen, des Generalstabschefs und von «Rico» zeigt, dass diese wie bellende Hunde alle Vorwürfe abstreiten und selbstverständlich keine Konsequenzen dulden wollen. Diejenigen Köpfe, welche die geheimen Dienste geplant und aufgegeben haben, haben sich bewusst und von Staates wegen gegen Demokratie und Bevölkerung gestellt. Antidemokratische Handlungen und Strukturen wurden mit einer selbstdefinierten Staatsraison und dem Diktat militärischer Geheimnisse gerechtfertigt.

Es macht heute den Anschein, dass im EMD eine Geheimgruppe ohne politische Kontrolle am Werke war und ist. Durch die Puk EMD wurde ein weiteres Stück des Militär- und Regierungsfilzes aufgedeckt. Rücktritte scheinen mir dringend, damit eine demokratische Erneuerung, eine Perestroika in der Schweiz möglich wird.

Bei der Lektüre des Puk-EMD-Berichtes werden die Mentalität und die Gedankenwelt dieser Männer im EMD überaus deutlich. Bis in die jüngste Zeit herrschte bei der Una, im Generalstab die Vorstellung des kalten Krieges. An der Pressekonferenz des EMD kommt diese Mentalität weiterhin zum Ausdruck. Da wird mit dem Verweis auf die historische Notwendigkeit der Aufbau einer Geheimorganisation ausserhalb jeglicher Rechtsstaatlichkeit gerechtfertigt. Doch unter dem Vor-

wand kalter Krieg ging es um mehr als um die Abwehr des sogenannten bösen Feindes im Ausland: In verschiedenen Ländern Europas wankte infolge der Bewegungen von 1968 die politische Stabilität; das Image des Vorbildes USA war nach dem Vietnamkrieg mehr als angekratzt; in Italien und in Frankreich stand die Regierungsbeteiligung der Kommunisten zur Diskussion.

Die Rolle der geheimen Dienste, von Gladio, von Stay-behind-Organisationen in Westeuropa ist gerade heute, nach verschiedenen Enthüllungen, offensichtlich: Es ging diesen Militärstrategen der Nato nicht um den Widerstand nach einer militärischen Okkupation, sondern um die Verhinderung politischer Veränderungen mittels Schaffung eines unsicheren politischen Klimas. Gerade die jüngsten Veröffentlichungen, Enttarnungen machen eine Untersuchung über Nato- respektive Stay-behind-Verbindungen der Schweiz absolut notwendig. Es scheint mir daher richtig, dass die Puk EMD gemäss ihrem gestrigen Antrag ihre Arbeit weiterführt. Insbesondere dürfen dabei Untersuchungen nicht auf das EMD beschränkt werden, sondern es müssen andere Departemente einbezogen werden.

Wer hat also hinter dem Rücken des Volkes Geheimpolitik betrieben? Wer sind die wirklich Verantwortlichen? Diese Fragen müssen nach dem Puk-EMD-Bericht restlos aufgeklärt werden. Wer hat nun recht, Generalstabschef Senn oder die Bundesräte, welche beim Anhören durch die Puk EMD ihre Kenntnisse über P-26 und P-27 abstritten oder sich nicht mehr erinnern konnten? Wer hat recht, die Bundesräte, die beispielsweise 1979 informiert waren, also die Bundesräte Hürlimann, Ritschard, Honegger, Aubert, Gnägi, Furgler und Chevallaz? Fragen über Fragen. Diese Fragen zu beantworten, mit der Geheimnistuerei aufzuhören: dies scheint mir für eine Schweiz im Umbruch mit einer Regierung ohne Vertrauensbasis bitter notwendig.

Frau Grendelmeier: Es ist nicht ganz einfach, als 44. Rednerin noch etwas zu sagen, was nicht schon gesagt worden wäre. Ich habe versucht, mir ein Bild zu machen vom Klima in diesem Land, dessen Bevölkerung wir ja repräsentieren oder repräsentieren sollten. Ich habe versucht, die Stimmungsebene in diesem Saale während dieser Debatte herauszufiltern, und es ist mir folgendes zuallererst aufgefallen: dass eine unendliche Trauer darüber zu herrschen scheint, dass wir ein geliebtes Feindbild verloren haben. Und es ist mir aufgefallen, dass man verbissen versucht, dieses Feindbild herüberzuretten in die so unselige Gegenwart von Glasnost und Perestroika.

Damit das überhaupt möglich ist bis heute, bis an diesem 13. Dezember 1990, muss man zwingend das sogenannte «zeitgeschichtliche Umfeld» oder den «damaligen Zeitgeist» oder die «historische Sichtweise» bemühen, um eine durch und durch un-demokratische Grundhaltung zu rechtfertigen – die ja nicht besser wird dadurch, dass sie vor 20, 30, 40 Jahren stattgefunden hat, und vor allem dadurch, dass sie bis heute angehalten hat. Alsdann versucht man, so schnell wie möglich – wie sonst bei keinem andern Thema – zur so geliebten Tagesordnung zurückzukehren mit dem schlichten Hinweis, dass wir soviel wichtigere Aufgaben zu bewältigen hätten als dieses ewige Gerede von Fichen und ähnlichen unschönen Dingen.

Richtig: Wir haben bei Gott Wichtigeres zu tun, als uns mit einem Geheimgrüppchen von schäbigen 400 Mann – ich bitte zu bemerken, dass ich nicht von einer «Armee» geredet habe, sondern von einem «schäbigen Grüppchen von 400 Mann» – zu beschäftigen, von denen niemand etwas wissen durfte, weder der Bundesrat noch das Parlament, und die uns im Falle eines sogenannten Umsturzes als Widerstandarmee dann doch plötzlich hätten dienen sollen.

Abgesehen davon, dass es sich hier um eine Mischung von unerträglicher Arroganz und Dilettantismus handelt, wird hier die Demokratie von Grund auf in Frage gestellt. Wir können und wir dürfen nicht einfach weitergehen, zur Tagesordnung übergehen, ohne dass wir uns mit dieser Vergangenheit auseinandergesetzt haben.

Wir sind die ersten, die es den Deutschen unendlich lange

übelgenommen haben oder hätten, hätten die nicht versucht, ihre Vergangenheit zu bewältigen. Wir aber wären vermutlich mit Hinweis auf die «Gnade der späten Geburt» zur Tagesordnung übergegangen. Wir sind uns in diesem Lande nicht gewohnt, dass auch wir eine Vergangenheit zu bewältigen haben. Auch da bekommt unser gehätscheltes Bild vom «Sonderfall Schweiz» einen herben Schlag. Auch da müssen wir umdenken.

Es genügt aber nicht, auf eine Eiterbeule ein grosses Pflaster zu kleben und wegzuschauen, in der Hoffnung, sie würde von selber verschwinden. Hier gibt es nur eines: aufstehen – und das tut weh. Es tut weh, wenn wir einen Fehler zugeben müssen, zu einer Schuld stehen müssen. Erst wenn wir uns entschuldigen bei all denen, die bespitzelt worden sind, bei all denen, die verdächtigt worden sind, bei all denen, die verunglimpft worden sind – zum Teil ohne dass sie es überhaupt wussten –, können wir wieder nach vorne schauen. Aber es braucht eine öffentliche Entschuldigung und das Eingeständnis, dass man einen Fehler gemacht hat. Und dieses Eingeständnis, diesen Hauch von Reue vermisste ich in diesem Saal. Es würde Herrn Villiger wohl anstehen – Frau Ulrich hat es gesagt –, wenn er sich *pars pro toto* bei Herrn Kohlschütter entschuldigen könnte, um wenigstens bei diesem Menschen etwas gutzumachen.

Am Schluss noch etwas Erfreuliches: Zwei Vertreter jener bürgerlichen Partei, die 1848 dieses Land mitbegründet hat, haben – als einzige jener Partei – den Mut gehabt, diese Schuld einzugestehen; sie haben sich und uns daran erinnert, dass es auch einmal eine Schweiz gab, auf die man stolz sein konnte, die mutig war, die es nicht nötig hatte, im Untergrund zu agieren. Und auf diese Schweiz warte ich.

M. Eggly: Rassurez-vous, je ne viens pas me justifier d'avoir fait partie, avec quelques collègues ici présents, de ce fameux «Beirat» ou Conseil de parlementaires. Lorsque, à un moment donné, on estime qu'on doit faire quelque chose, même si ensuite il y a de l'agitation et des secousses, on doit l'assumer jusqu'au bout et il n'y a rien de plus triste que ceux qui se dégonflent parce que les turbulences arrivent et qui n'assument pas complètement ce qu'ils ont fait.

La question que pose ce rapport, c'est bien évidemment la question essentielle de la base légale. Était-elle suffisante, ou bien n'y en avait-il pas du tout, et dans ce cas était-ce inadmissible? Autre question, celle du contrôle politique. Je comprends très bien que l'on pose ces questions, cela fait réfléchir, et c'est à mon avis ce qu'il y a de plus valable et de plus intéressant dans le rapport de la commission. Je voudrais dire cependant ici que, davantage encore après les discussions qui ont déjà eu lieu, y compris en public, le mandat constitutionnel sur l'idée d'une défense, d'une résistance en cas d'invasion, apparaît très clairement. Je voudrais rappeler que l'intention politique du rapport sur la sécurité était clair aussi et que le Parlement en avait parfaitement pris acte; que la Commission de gestion, et plus particulièrement sa sous-commission, et le Parlement derrière elle avaient également pris acte et par conséquent approuvé cette grande idée de la résistance armée à un oppresseur totalitaire qui occuperait le territoire; qu'enfin, malgré tout, le Conseil fédéral a été informé par deux fois dans son entier, dans toute sa collégialité, et que sa délégation l'a été aussi.

Monsieur le Conseiller fédéral, avant vous il y a eu deux autres chefs du Département militaire fédéral et je regrette un peu, je le dis franchement – et là je crois que je rejoins même M. Herzog – que vous soyez tout seul à ce banc, je regrette que M. Delamuraz et M. Koller ne soient pas à vos côtés, pour marquer que, contrairement à ce qui a été dit, le gouvernement savait ce qu'il en était dans les grandes lignes, approuvait le principe; et s'il n'en savait pas davantage, c'est parce qu'il ne l'a pas voulu. En effet, j'insiste sur ce point: au moment où l'on parle de contrôle politique, ce que le Conseil fédéral ou même ce que le Parlement, et notamment la Délégation des finances, n'a pas su, c'est ce qu'il ou ce qu'elle n'a pas voulu savoir, car l'autorité politique aurait pu avoir tous les renseignements qu'elle aurait souhaités, et cette façon de dire qu'il s'est passé

des choses à l'insu et contre l'autorité politique relève de l'es-roquerie intellectuelle et de la supercherie politique.

J'en reviens maintenant au contexte international. M. Peter Sager l'a dit mieux que je n'aurais su le faire: le contexte international justifiait amplement la P-26 et la P-27. La démarche était hautement légitime et la question qu'on peut se poser, c'est de savoir si tout cela ne sentait pas un peu trop l'amateurisme et si finalement cela se serait révélé efficace en cas de besoin. En réalité, cette question est plus importante que beaucoup parmi celles que nous posons actuellement. Pourtant, je suis d'accord, je le répète, avec un examen critique et j'accepte celui auquel la commission nous a contraints. Personnellement j'y suis prêt, mais j'estime que dans ce pays et dans ce Parlement on devrait en avoir assez de ces inversions des valeurs et des hommes avec leurs valeurs.

Je dois reconnaître, Monsieur Carobbio, que vous avez lu un rapport relativement modéré. C'est la raison pour laquelle, contrairement à ce qui aurait pu se produire, je ne vous attaquerai pas. Je vous dirai cependant que j'aurais aimé que vous insistiez davantage que vous ne l'avez fait sur la bonne foi et sur l'engagement civique des gens qui ont servi aussi bien à la P-26 qu'à la P-27.

Monsieur Spielmann, vous avez eu aussi la sagesse de tenir ici un discours modéré. C'est pourquoi je ne répliquerai pas comme je l'aurais fait si vous aviez tenu un autre discours. Je me contenterai de vous renvoyer également à ce qu'a dit M. Sager tout à l'heure, lorsqu'il a, avec sa culture habituelle, décrit quelles étaient en Europe les menaces qui pouvaient peser sur nous et notre pays. Ces menaces, venant de pays qui ne vous étaient quand même pas très étrangers, ont été fortes et crédibles jusqu'à il y a très peu de temps. Par conséquent, je pense que, là aussi, la P-26 en tout cas et la P-27 aussi, car il faut bien un service de renseignements, étaient parfaitement légitimes.

Quant à vous, Monsieur Longet, je vous pose la question: quel est ce scénario qui consisterait à faire croire ici et ailleurs que la P-26 par exemple serait un danger pour la démocratie, alors qu'elle était là précisément pour vous permettre, à vous le démocrate critique comme vous vous intitulez, de le rester, dans les valeurs démocratiques qui nous sont chères à tous?

Monsieur le Conseiller fédéral, je crois que ces gens qui ont servi l'Etat et la démocratie, qui étaient des démocrates «jusqu'au-boutistes», méritent ici vos remerciements. Nous aimerions que l'on n'entende plus ici des excuses de la part du gouvernement, que l'on cesse de se couvrir de cendres, nous aimerions que le Conseil fédéral gouverne, dirige et rende hommage à ceux qui sont prêts à défendre ce pays. (*Applaudissements partiels*)

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

M. Spielmann: Après les paroles de MM. Eggly et Sager, je voudrais formuler une réflexion à l'intention de cette assemblée. On a abondamment évoqué les transformations en cours dans les pays de l'Est; je suis de ceux qui sont satisfaits de ces transformations démocratiques et de la manière dont elles se déroulent. Mais, dans un cas, cela ne s'est pas passé aussi calmement et démocratiquement qu'ailleurs, c'est-à-dire là où il y avait une armée secrète, la Securitate, qui a tenté d'empêcher par la violence le changement démocratique, et c'est précisément ce que voulait faire la P-26 dans ce pays. (*Brouhaha*)

Luder: Mein Votum steht unter der Ueberschrift: «Mein Nationalratskollege Thür und der ehemalige Generalstabschef Zumstein.» Ich decke meine Karten auf: Ich bin einer der drei Nationalräte, die den gleichen Heimort haben wie der ehemalige Generalstabschef. Aber das ist nicht der Grund, warum ich hier vorne stehe.

Ich bin nicht einverstanden, wie sich Herr Thür über das Verhalten von Herrn Zumstein in den Medien geäußert hat. Ueberrigens: Als Herr Zumstein die P-26 übernommen hat, gab es noch keine grüne Fraktion. Das nur, um aufzuzeigen, von welcher Zeit wir reden.

Zumstein hat nichts Böses getan. Er hat seine Pflicht erfüllt,

und er hat recht mit der Aussage: «Schweizer haben Schweizer entwaflnet.» Diese Aussage trifft auf die Waffen zu, die glücklicherweise nie verteilt wurden. Und die Enttarnung von P-26 und jetzt von P-27 als geheimer Widerstands- und Nachrichtenorganisation beruht ja auch auf Schweizern, und das ist eigentlich gut so. Es ist viel besser, dass es Schweizer gewesen sind, als wenn es Ausländer gewesen wären.

Zumsteins Aussage sagt aber auch: Diejenigen, die entwaflnet und enttarnt haben, tragen auch die Verantwortung dafür, dass wir nun keine Organisation für die Organisation von Widerstand bei Landesbesetzung mehr aufweisen können.

Die Aussage, dass keine parlamentarische Kontrolle angeregt oder verlangt wurde, entspricht einem Grundsatz der Geheimhaltung, nämlich, dass der Kreis der Wissenden möglichst klein gehalten werden muss. Der damalige Generalstabschef Zumstein hatte auch die Verantwortung über die Geheimhaltung.

Fierz: Es wird viel gesprochen, aber es ist wahrscheinlich nötig, dass wir uns gegenseitig die Positionen erklären, die sehr verschieden sein können. Ich bin zwischen den Generationen und habe eine etwas gespaltene Position. Ich möchte einen Rückblick und einen Ausblick tun.

«Lieber tot als rot», hat man sich nach den Ueberfällen auf Ungarn, auf die Tschechei und auch noch auf Afghanistan gesagt. In diesem Geist habe ich 1000 Tage Militärdienst geleistet, ohne Lust, aber mit Ueberzeugung, als Beitrag zu einer Dissuasion. Ich habe dabei als Divisionäre Herrn Senn und Herrn Zumstein kennengelernt: Herrn Senn sehr gut, Herrn Zumstein etwas weniger gut. Ich habe von beiden – das will ich hier feststellen – damals in den siebziger Jahren einen hervorragenden Eindruck als Generäle gehabt. Ich kann das nicht von jedem Divisionär sagen. Natürlich waren sie hart und vielleicht manchmal unangenehm. Aber wir wollen ja keine Sozialarbeiter als militärische Führer.

«Lieber grün als tot», musste man sich seit 1969 sagen, als man zu realisieren begann, dass wir diesen Planeten beängstigend rasch ruinieren. Viele haben begonnen, sich zu engagieren. Meine Frau und ich haben damals den Einstieg über die Verkehrsunfälle genommen: Wir fanden, wir sollten die Kinder nicht totfahren. Wir engagierten uns für Tempo 50, für Wohnstrassen und was damals so aktuell war – heute alles Selbstverständlichkeiten.

Wir mussten dann Ende der siebziger Jahre überrascht feststellen, dass Ernst Cincera, der mir inzwischen lieb geworden ist, mit einem Vortrag durch die Lande zog, der hiess: «Unsachliche Angriffe auf das Automobil als Mittel zur Unterwanderung von Staat und Gesellschaft». Da waren wir also bei den Unterwanderern! Die unheimlichen Patrioten witterten damals Gefahr für das Vaterland von den AKW-Gegnern, von Schäfern von Longo Mai, von den Friedensfrauen usw.

Diese wahnhaftige Grünrot-Blindheit gehörte zur Kultur der siebziger und der achtziger Jahre. Das war ganz weit verbreitet und hat sich auch im Feindbild der Geheimdienste niedergeschlagen. Geheimdienste haben, Herr Braunschweig, nicht so sehr den Hang zur Lüge als den Hang zum Wahnhaften.

Ich habe das zuerst in London lernen müssen, als uns ein wahnkranker Geheimdienstangehöriger mit einem grossen Wahnsystem vorgestellt wurde; es wurde uns gesagt, dass sich wahnhaftige Leute sehr gerne in die Geheimdienste begeben. Sie laufen Gefahr, in das Wahnhaftige abzurutschen.

Beim Wahn stellt sich immer die Frage: Ist alles Wahn, oder wie weit ist es eben nicht Wahn? Es gab damals, als Russland noch aggressiv agierte, in der Schweiz Leute, die Honecker hofierten; Leute, die den Einmarsch in die Tschechoslowakei ausdrücklich guthiessen. Wir mussten den Eindruck haben, dass die Quislinge im Ernstfall bereitstünden. Wer damals Diktatur des Proletariats gefordert hat, sollte jetzt nicht empfindlich sein, wenn rechtsstaatliche Regeln der Demokratie verletzt sind. Alle anderen haben das Recht, aber die nicht!

Ausblick und Folgerungen: Es scheint mir, wir sollten diese überholten Feindbilder – grün, rot – hüben und drüben in die Mottenkiste der Geschichte versorgen. Geben wir Fehler zu, wo wir sie gemacht haben! Stellen wir Rechtsstaatlichkeit her, wo sie verletzt war! Aber vor allem scheint mir die Folgerung die: Wenn die Generäle falsch agiert haben, lag die Schuld bei

der politischen Führung. Nicht die Generäle müssen die Rechtsstaatlichkeit primär überprüfen. Sie haben einen Auftrag von der politischen Führung, und die politische Führung muss im Militärischen, in der Landesverteidigung und im Geheimdienst, wieder das Primat gewinnen. Zielvorgaben und Sinn müssen politisch definiert werden. Wer den Vorsteher des EMD anlügt, muss sofort fliegen! Lügen geht einfach nicht.

Herr Villiger, Sie wurden nicht nur in der Fichenaffäre angelogen. Sie wurden auch in einem einfachen Postulat über die Schirmbilder angelogen. Es wurde Ihnen und mir gesagt, man finde noch Tuberkulose. Als ich eine Statistik verlangt habe, stellte sich heraus, dass keine Statistik existiert. Das war einfach aus dem hohlen Bauch behauptet. Solche Dinge dürfen nicht mehr passieren!

Wir können Herrn Villiger nur ermutigen, jetzt die Führung zu übernehmen, damit eine Armee entstehen kann, die nicht Selbstzweck für Generäle ist, sondern wo junge Leute wieder einigermassen mitmachen können.

Cincera: Ich möchte zuerst Herrn Fierz für das Kompliment danken. Ich werte es so: Wir haben uns über gemeinsame kulturelle Interessen finden dürfen. Ich glaube, das ist das Beste, was einem Land passieren kann: wenn sich Menschen kulturell finden. Vielleicht finden sie sich später auch viel besser in der politischen Auseinandersetzung.

Ich danke Ihnen für das Kompliment, das Sie am Schluss auch Herrn Bundesrat Villiger gemacht haben. Gerade Herr Bundesrat Villiger ist ein Mann von einer ganz tiefen Kultur, belesen, denkend und nicht mit Textbausteinen referierend. Gerade diese Fähigkeiten sind es, die wir nutzen müssen, um aus den Vorfällen, die wir hier besprechen, Lehren ziehen zu können.

Ich wende mich noch an Frau Grendelmeier. Sie ist leider nicht hier. Sie sagte etwas, was mich doch sehr beschäftigt: Sie wirft uns, denjenigen, die den Staat vielleicht auf eine andere Art verteidigen als gewisse andere Leute in diesem Saal, vor, wir könnten nicht ohne Feindbilder leben. Leute wie Peter Sager und ich haben uns vier Jahrzehnte lang, unter nicht immer einfachen Umständen, bemüht, für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker einzutreten, für die in totalitären Systemen unterdrückten Menschen einzutreten. Wir sind äusserst glücklich, dass es dort jetzt anders geht, dass diese Leute endlich ihre volle Freiheit, die Meinungsfreiheit, die Äusserungsfreiheit, die Selbstgestaltung ihres Landes an die Hand nehmen können.

Ich kann Ihnen garantieren: Wir bekommen von diesen Leuten, für die wir eingetreten sind, den Dank heute mindestens so gut, wie ihn allenfalls jene bekommen, die noch vor kurzem in der Presse verlauten liessen, die DDR sei nicht so schlecht gewesen wie ihr Ruf.

Das sind die Tatbestände. Wir diskutieren jetzt einen Vorfall in der Schweiz, und da muss ich Frau Grendelmeier auch kritisieren. Das ist keine gute Dialektik, die sie anwendet: Wenn man erstens einmal aus dieser Kaderorganisation für den Widerstand einfach auch semantisch eine Geheimarmee macht, oder sogar eine Privatarmee, wie das Herr Thür gemacht hat, und wenn man diesen Leuten unterstellt, etwas ähnliches zu sein wie Geheimarmeen in totalitären Staaten. Es war das Gegenteil: Es waren Leute, die überzeugt waren, dass man gerade auch mit diesem Instrument, solches in unserem Lande verhindern kann. Das Beispiel der Zeitgeschichte in den letzten 40 Jahren hat uns bewiesen, dass es eben nicht nur den militärischen, sondern auch den politischen Angriff gibt, der ganze Völker die Freiheit kosten kann.

Solches zu unterstellen ist dialektische Unredlichkeit. Wir sind jetzt damit beschäftigt, die Vergangenheit zu bewältigen. Aber die Vergangenheit bewältigt man nicht, indem man die Zeitgeschichte verdrängt oder verharmlost. Man kann in guten Treuen verschiedener Auffassung sein, mit welchen Mitteln man die Sicherheitspolitik dieses Landes gestalten will.

Aus der Sicht der Jahre, die seit dem Zweiten Weltkrieg – für uns und in Europa – die politische Situation prägten, konnte man durchaus auch für solche Instrumente wie eine Widerstandsorganisation oder eine nachrichtendienstliche Organi-

sation eintreten. Im übrigen hat der Bundesrat ja gehandelt, er hat diese enttarnten Organisationen bereits aufgelöst, und wir haben jetzt eine neue Aufgabe: Wir müssen die Sicherheitspolitik der Zukunft in einer immer unsicherer werdenden Zeit lösen.

Die Diskussion um den Puk-2-Bericht hat mich noch in einer anderen Hinsicht beschäftigt. Wir diskutieren hier in diesem Saal, in der Öffentlichkeit und auch in den Medien an einer mir staatspolitisch gefährlich erscheinenden Grenze herum. Ich halte es für gefährlich, weil diese Grenze nicht sauber unterscheidet zwischen sachlicher und berechtigter Kritik einerseits und Wertung und Beurteilung der Ist-Zustände, der Geschehnisse andererseits. Wir wenden uns in unserer Kritik einer Methode zu, die – verbunden mit Dialektik und medien-trächtiger Enthüllungssucht – zu einem Kult erhoben wird, der zwangsläufig in unserem Lande eine destruktive Wirkung erzielen und mehr Schaden als Nutzen hinterlassen wird. Darüber müssen wir alle nachdenken – vor allem diejenigen, die diesen Kult als Bewältigung der Vergangenheit weitertreiben wollen.

Ruckstuhl: Als Stellungspflichtiger bekam ich das Soldatenbuch in die Hand. Später war es das militärische Grundschulreglement. Seither ist für mich selbstverständlich, dass einem möglichen Besetzer unseres Landes auch noch Widerstand erwächst, wenn unsere Armee diese Aufgabe nicht mehr offiziell wahrnehmen kann.

Im Rahmen meiner bescheidenen militärischen Laufbahn habe ich mich mit vielen Kameraden bemüht, diesen Anforderungen notfalls gerecht zu werden. Ich war auch überzeugt, dass ein Widerstand gegen eine allfällige Besetzung von der Basis her organisiert und nach Möglichkeit auch koordiniert würde. Eine Organisation zur Unterstützung dieses Widerstandes hätte in vernünftigem Rahmen auch innerhalb unseres Rechtsstaates durchaus Platz gehabt. Was muss aber beispielsweise ein Kasernenverwalter heute denken, wenn er von den verschleierte Millionen hört, während er jährlich zweimal von Amtes wegen überprüft wurde, ob er auch tatsächlich alle «Zwanzgerli» seines «Tschüttelautomaten» ablieferte?

Was uns in jüngster Zeit auf unakzeptable Art und Weise zwischen Geheimhaltung und Vertuschung präsentiert wird, ist nicht nur eine Frechheit gegenüber den politischen Behörden, es ist auch eine Beleidigung für Tausende von überzeugten Bürgern und Schweizer Soldaten, die sich ausserdienstlich, ohne jede Entschädigung, auf eine mögliche schwere Zeit vorbereitet haben.

Als Mitglied des Schweizerischen Unteroffiziersverbandes stehe ich zu den vier Thesen, wie sie Ihnen heute auf die Pulte gelegt wurden. Sie decken sich zum Teil mit den Postulaten und Motionen der Puk EMD. Ich erwarte insbesondere eine klare Regelung der Kompetenzen und Kontrollinstanzen. Ich erwarte aber auch eine Richtigstellung von falschen Anschuldigungen und Verdächtigungen, selbst wenn diese von Parlamentariern in diesem Saal verbreitet werden.

So erwarte ich vom Bundesrat insbesondere eine Stellungnahme zum Votum von Herrn Günter: Herr Bundesrat, haben wir Offiziere, die behaupten, es gebe Bereiche, in denen das Militär das Primat vor der Politik habe? Wenn ja, glauben Sie nicht auch, dass diese Leute am falschen Platz sind und Konsequenzen gezogen werden müssten? Da Herr Günter diese Anschuldigung nicht persönlich, sondern im Namen seiner Fraktion aussprach, darf nicht von vornherein eine böswillige Verdrehung unter dem Schutz der parlamentarischen Immunität angenommen werden. Im Interesse der Angesprochenen, die nicht das Privileg haben, sich an diesem Pult zu rechtfertigen, ist ein klärendes Wort notwendig.

Hafner Rudolf: Ich kann Herrn Bundesrat Villiger eine kleine Pause geben, in dem Sinne, dass ich jetzt in parlamenteigener Sache spreche. Es ist so, dass das Parlament durchaus bisher schon Strukturen hatte, die es ermöglicht hätten, diese Skandale zu verhindern: so das Organ der Finanzdelegation, die nach Gesetz den Auftrag und die Möglichkeit hat, sämtliche laufenden Finanzflüsse zu kontrollieren. Wenn ich im folgenden Kritik anbringe, will ich deutlich aussprechen, dass die

gegenwärtigen Mitglieder nicht lange im Amt und deshalb nicht in gleicher Weise in die Verantwortung eingebunden sind.

Das Ganze ist nicht einfach ein Geheimarmee-Skandal, sondern auch eine Finanzaffäre. Man kann im Puk-Bericht nachlesen, das Ganze sei mit Finanzmanipulationen gespiesen worden. Immerhin kommen die Staatsgelder aus Steuermitteln. Direkt oder indirekt ist praktisch jeder Bürger von dieser Sache betroffen, und es muss nachdenklich stimmen, wenn die Steuergelder in diesem Sinn verwendet werden.

Auf Seite 209 des Berichts kann man lesen, dass mehrere Präsidenten der Finanzdelegation in die Fragen eingeweiht waren. Es hätte also erstens durchaus die Möglichkeit bestanden, wenn man die Pflicht erkannt hätte, in die Tiefe zu gehen. Das ist nicht geschehen. Zweitens ist die Finanzierung von P-26 und P-27 ganz klar eine illegale Finanzmanipulation. Drittens konnte oder wollte die Finanzdelegation laut Puk-Bericht die gesetzwidrigen Verstösse nicht verhindern.

Unter diesen Umständen muss man sich fragen: Wie stehen wir als Parlament da, wenn wir zwar früher im Prinzip die Organe geschaffen haben, wenn diese aber aus irgendwelchen Gründen diese Zustände nicht verhindern konnten oder wollten?

Auf meine Anregung als Vertreter der grünen Fraktion hat Anfang dieser Woche eine Sondersitzung der Finanzkommission stattgefunden. Die Finanzkommission ist das weitere Organ, das sich um die Finanzdelegation gruppiert. Die Kommission hat es aber abgelehnt, eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus allen Fraktionen einzusetzen, in der man in einer zügigen, effizienten Weise sofort die bestehenden Probleme durchleuchtet hätte. Immerhin kann ich den Herren Reich und Züger, den Mitgliedern der Finanzdelegation, bestätigen, dass man den Entschluss gefasst hat, auf die Sache zurückzukommen. Ich hoffe, dass das wirklich in effizienter Art passiert und dass Sie als Parlament einen Bericht erhalten, in dem nichts beschönigt wird, sondern die Dinge ganz klar aufgedeckt werden, die die Puk bloss angeschnitten hat.

Wichtig ist aber vor allem die Strukturfrage. Bisher wurde es – trotz mehreren Anläufen seitens der grünen Fraktion – immer wieder abgelehnt, die Finanzdelegation zu erweitern. Und ich frage Sie: Was ist das für ein Demokratieverständnis, wenn ausgerechnet einem der wichtigsten Organe dieses Parlaments nur drei Vertreter der grössten Bundesratsparteien angehören? Hier ist es doch unbedingt notwendig – wenn man das Ganze demokratisch abstützen will –, auch die Vertreter der kleineren Fraktionen, die manchmal kritisch oder als Störenfriede auftreten, einzubeziehen. Weil das bisher nicht passiert ist, reichen wir noch in dieser Session eine entsprechende parlamentarische Initiative ein, um es endlich hinzukriegen.

Zuletzt noch eine Anerkennung an die SVP. Sie haben es fertiggebracht, Ihren Vertreter in der Finanzkommission, der langjähriger Präsident der EMD-Sektion war, zurückzuziehen; das ist zu anerkennen.

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

Jaeger: Ich möchte das, was Herr Hafner jetzt vorgetragen hat, in einem einzigen Punkt präzisieren. Es ist tatsächlich so, dass Herr Hafner diesen Antrag gestellt hat. Dieser Antrag ist aber auch materiell aufgenommen worden. Die Finanzkommission hat beschlossen, dass das Präsidium und der künftige Präsident der Finanzdelegation, der damals nicht dieser Delegation angehörte, diese Abklärungen vornehmen und entsprechend dem Plenum der Kommission, wo alle Fraktionen vertreten sind, Bericht erstatten. Wir werden im nächsten Finanzseminar einen ganzen Vormittag dazu verwenden, dieses Problem zu diskutieren; es wird dann auch der Rat darüber orientiert. Das muss hier gesagt sein, damit Sie sehen, dass auch wir uns hier um Transparenz bemühen.

M. Cevey: Le 25 septembre 1957, M. Jaeckle, conseiller national indépendant, faisait accepter sans débat son postulat. M. Paul Chaudet, alors conseiller fédéral, tout en émettant des doutes sérieux quant à l'opportunité d'une telle préparation,

soulignait que l'efficacité d'un système de résistance clandestine repose sur le secret absolu. L'acceptation du postulat Jaeckle explique, selon toute vraisemblance, le mandat donné en 1957/58 par le chef de l'Etat-Major général de créer une organisation de résistance. Le déroulement ultérieur des faits vous est maintenant connu.

Ce qui me paraît ressortir des investigations de la commission se résume en trois constatations concordantes. Primo, la nécessité de maintenir le secret absolu autour d'une telle organisation. Secundo, le danger d'intégrer tout dispositif de ce genre dans une stratégie officielle qui, en cas d'occupation du territoire et de capitulation décidée par le gouvernement, interdirait, en vertu du droit international, toute poursuite d'une résistance dans la clandestinité. Tertio, inopportunité, risque même d'un contrôle parlementaire institutionnalisé.

Partant de là, toute la démarche paraît logique. Etait-elle cependant raisonnable et, partant, acceptable à long terme? La Commission d'enquête se prononce nettement par la négative. Elle condamne le choix fait alors par les responsables entre deux attitudes de prudence. Primo, la prudence imposée par la nécessité absolue et la volonté de résister au-delà d'une capitulation, prudence d'éviter une relation institutionnelle entre l'organisation et les autorités gouvernementales ou parlementaires. Secundo, la prudence qu'aurait inspiré le souci de la légalité, donc la crainte qu'un jour – et nous y sommes – les structures les plus secrètes soient révélées au grand jour, que des personnalités engagées dans la confidentialité la plus absolue soient démasquées comme de vulgaires criminels, que des officiers supérieurs soient soupçonnés de félonie, et enfin que notre gouvernement soit accusé des pires légèretés.

Dans les temps de la guerre froide et dans le souvenir des actes souvent glorieux de mouvements de résistance, à l'ouest comme à l'est, notamment en Pologne asservie par les volontés complices de Hitler et de Staline, c'est la prudence, garante du secret et donc des possibilités de survie de la résistance nationale, qui a été choisie.

Aujourd'hui, dans l'euphorie des embrassades sur les gravats d'un mur érigé pour empêcher les Allemands de l'Est de fuir le «paradis» communiste, il est facile de juger péremptoirement que ce choix fut mauvais et critiquable et il est aisé de l'expliquer par la légèreté des responsables, et même, en travestissant la réalité, par le noir dessein antidémocratique de «traîneurs de sabre» ou de «chasseurs de sorcières» obsédés par leur anticommunisme. Car il convient de rappeler quelques jalons de cette guerre froide. Le blocus de Berlin décrété par Staline en 1948, la répression des ouvriers par les Soviétiques à Berlin-Est en 1953; l'écrasement de la révolution hongroise par les chars russes en 1956; l'écrasement du printemps de Prague par Moscou en 1968; l'invasion de l'Afghanistan par l'armée rouge en 1979; le coup d'état militaire en Pologne avec la bénédiction de Moscou toujours, il y a neuf ans, jour pour jour, ce 13 décembre.

A ce propos, certains d'entre vous ont peut-être entendu ce matin, à la radio romande, dans l'émission «Histoire d'un jour», à 6 h 45, l'ancien conseiller national Forel relativiser l'événement du 13 décembre 1981 à Varsovie; il a parlé des «éléments incontrôlés» de Solidarnosc. Neuf ans après, cette injure au mouvement de Lech Walesa m'a écoeuré, mais elle ne m'a guère surpris.

Puisque nous parlons de M. Forel, comment ne pas rappeler, en entendant M. Carobbio se gausser quelque peu de la P-26 et de la P-27, que maintes fois, à cette même tribune, son ancien collègue de groupe, M. Forel, s'est appliqué à combattre les crédits militaires, en nous recommandant de remplacer notre armée par la préparation à la guerre de maquisards.

Sagesse d'hier, folie d'aujourd'hui? Posez-vous la question, Monsieur Carobbio, même si vous savez mieux que moi à quel point tout était bon de la part de M. Forel et d'autres pour combattre les crédits militaires.

Des structures de résistance, qui eussent pu s'avérer utiles si notre pays n'avait pas été épargné, sont aujourd'hui démantelées. Un grave soupçon a été injustement instillé dans l'opinion à l'égard des responsables de notre défense nationale. Et le Parlement, pas plus que le Conseil fédéral, n'a le droit de se

draper dans la fausse dignité de l'ignorance, dans ces circonstances lamentables. Je ne puis approuver l'esprit dans lequel la CEP 2 a entrepris son travail. Les maladroites et les insuffisances révélées en l'occurrence ne justifient pas un tel acharnement. Assez détruit, assez sali!

Ledergerber: Man kann sich durchaus vorstellen, dass auch ein demokratischer Staat, wie die Schweiz es sein möchte, sich Ueberlegungen macht und Vorbereitungen trifft, um in einem Fall der Besetzung Widerstand zu leisten. Man kann darüber streiten, ob das die richtige Strategie ist; aber man könnte es sich vorstellen. Das allein ist nicht der Skandal. Das möchte ich vor allem jenen von Ihnen ganz klar zu verstehen geben, die hier vor das, was passiert ist, hingestanden sind und gesagt haben: Das war patriotisch und vaterländisch.

Der Skandal besteht darin, wie man das gemacht hat, wie man diese Ueberlegungen und diese Strukturen aufgebaut hat: ohne gesetzliche Grundlage, unter Verletzung einer ganzen Reihe von Vorschriften, ohne demokratische Legitimierung. Es wurde gelogen, gemauert, geklüngelt, veruntreut und konspiriert. Darin besteht das Aergernis; darin besteht der wichtige Teil des Skandals.

Dieser Skandal kann nicht geheilt werden durch vaterländische Gesinnung. Es gibt kein Notrecht in diesem Land. Das Gewissen übereifriger Patrioten erlaubte, im Namen der Freiheit und des Widerstandes unsere eigenen Gesetze zu brechen. Es ist auch unerträglich, wenn der Versuch unternommen wird, diese widerrechtlichen Machenschaften direkt von einem obskuren Naturrecht auf Widerstand abzuleiten – wie dies heute morgen gemacht wurde.

Als Republikaner und als Demokraten verlangen wir den Primat der Politik – und das nicht nur in Friedenszeiten, sondern auch im so viel und gerne beschworenen Ernstfall. Wer diese Grundmaxime unseres politischen Staates, unseres politischen Handelns nicht teilt, hat in einem demokratischen Parlament nichts zu suchen.

Genau an diesem Punkt beginnt der zweite Teil des Skandals: dass es unter uns Politiker und Militärs gibt, die alles, was vorgefallen ist, mit dem Hinweis auf den kalten Krieg rechtfertigen, ja sogar glorifizieren und sagen, dass das den Dank des Vaterlandes verdiene. Diese Art des Denkens ist Ursache der Staatskrise, wie wir sie haben. Es sind nicht so sehr unsere Strukturen, die versagt haben, es sind jene Politiker und Militärs, die in diesem Bereich nicht mehr zwischen Recht und Unrecht unterscheiden können; welche die Politik als Strammstehen vor einmal gefällten Entscheidungen verstehen; die nicht mehr kritisch hinterfragen können. Das macht unseren Staat kaputt.

Wir sind heute soweit, dass wir dem Bundesrat und erst recht dem EMD nichts mehr glauben können. Sogar Mitglieder der Puk sind nach intensiver, langer Arbeit zum Schluss gekommen, dass wir heute weniger denn je sicher sind, dass das, was wir zu sehen glauben, auch wirklich ist. In der Tat: Die Ungereimtheiten in diesem ganzen Halblügen- oder Halbwahrheitengebäude – wie Sie lieber wollen – sind unübersehbar.

Nehmen Sie die P-26, eine Widerstandsorganisation – geheim, aber trotzdem soll sie Dissuasionswirkung haben –, die den Kampf führen soll, aber aus älteren Herren zwischen 50 und 60 Jahren besteht. Die Geschichte lehrt uns, dass all diese Widerstandsorganisationen, z. B. die Résistance, von jungen Leuten getragen wurden, dass die älteren Herren dazu nicht mehr in der Lage sind. Die 50- bis 60jährigen sind allenfalls in der Lage, Umstürze zu provozieren, zu planen. Zum Widerstand, zum Kämpfen im Untergrund, sind sie nicht mehr in der Lage. Da machen auch die EMD-Mitarbeiter keine Ausnahme.

Wie heute der «Tages-Anzeiger» dargestellt hat, muss man zum Schluss kommen, dass gerade bei dieser P-26 die Ungereimtheiten so gross sind, dass eine internationale Zusammenarbeit mit diesen Gladio-Organisationen, mit diesem Shuffle und wie sie alle heissen, nicht ausgeschlossen werden kann. Eine Verbindung zur CIA könnte bestehen, auch eine Finanzierung solcher Organisationen in Europa durch die CIA ist möglich; ebenso ist es möglich, dass die Kommunikations-

systeme genau die gleichen waren; im übrigen gibt es eine ganze Reihe von weiteren Indizien.

Herr Bundesrat, uns bleibt unklar, wie Sie eine Organisation aufrüsten können und wollen, die Sie nicht kennen, die nach dem mittlerweile berühmten Kirschensystem aufgebaut ist und die im Untergrund weiterwuchert. Glauben Sie wirklich, dass die Liste der 400, die offenbar letzten Mittwoch zusammengestellt worden ist, tatsächlich die Mitglieder der P-26 wiedergibt? Worauf stützen Sie diesen Glauben?

Hubacher: Herr Villiger ist jetzt ziemlich genau zwei Jahre Vorsteher des EMD, und ich meine, der Start im Jahre 1989 war aussergewöhnlich gut. Die schwierige Abstimmung über die Initiative «Schweiz ohne Armee» ist nicht zuletzt dank Herrn Villiger in einer sehr demokratischen Art ausgefochten worden. Ich könnte mir Vorgänger vorstellen, die im Morgarten-Stil gekämpft hätten.

Und doch herrscht jetzt im EMD dicke Luft. Was ist eigentlich passiert? Herr Villiger ist irgendwie «ins Sandwich» geraten. Die Debatte war sehr interessant und ist bisher spannend verlaufen. Sie zeigt die enormen Auffassungsverschiedenheiten unter uns auf. Die einen finden, alles, was innerhalb P-26 und P-27 geschah, sei nötig, legitim und rechtsstaatlich in Ordnung gewesen; Betroffene – dazu gehören wir – haben eine andere Auffassung. Wir müssen wahrscheinlich lernen, miteinander umzugehen, Konflikte auszutragen.

Wir haben immer befürchtet, dass das EMD ein Staat im Staate sein könnte. Wir meinen, hier hat sich gezeigt, dass es so ist. Wir haben immer befürchtet und gespürt, dass mangels eines direkten äusseren Feindes – nicht mangels einer Bedrohung – ein innerer Feind konstruiert würde. Diese sogenannten Frontorganisationen, die von den «Arzten gegen den Atomtod» – Nobelpreistrgern – bis zu den Demokratischen Juristen und allem, was sich im linken Umfeld bewegt, reichten, sind als innerer Feind, als trojanische Pferde, als Einstiegs-möglichkeit für den äusseren Feind betrachtet worden. Deshalb müssen Sie für die Betroffenheit, die Sensibilität der so Disqualifizierten und Diskreditierten etwas mehr Verständnis aufbringen, als das einige Redner getan haben. Ich danke den Rednern, vor allem Herrn Büttiker und Herrn Wanner, die sich da vorteilhaft abgehoben haben.

Nun, Herr Bundesrat, das EMD hat sich in diesem Staat irgendwie verselbständigt. Sie laufen Gefahr, dass sich dieses EMD auch von Ihnen löst und dass es Ihnen entgleiten könnte. Wir sind uns wohl einig, Herr Bundesrat Villiger, dass für diese schwierige Führungsaufgabe – Sie haben ein schwieriges Departement übernommen, das in den letzten Jahren nicht gerade unter Führungsstärke «gelitten» hat – der Blindenhund kein Schrittmacher ist. Ich frage mich, wie lange Sie eigentlich einige Ihrer Chefbeamten derart von ihrer Verantwortung befreien wollen, wie Sie das bisher, in Ihrer absolut anständigen Art, getan haben.

Es gibt eine Verantwortung des Parlaments. Sie ist angesprochen worden. Wir sind irgendwie am Limit mit unserem Betrieb. Wir spüren das, und wir reden auch von Parlamentsreform, und rückblickend gesehen sind sicher auch Fehler begangen worden. Aber es gibt auch eine Verantwortung von Chefbeamten, die für gewisse Aufgaben gewählt und gut bezahlt werden. Wenn diese Chefbeamten Dinge tun, die nicht in Ordnung sind, dürfen sie nicht mehr geschont werden als irgendein kleiner Sünder.

Ich spreche hier als einer der acht Kolleginnen und Kollegen in diesem Rat, die sich erlaubt haben, den Waffenplatz Neuchlen-Anschwilien zu besuchen; es heisst: zu besetzen. 150 Meter sind wir ins Gelände vorgedrungen, und schon wird die Militärjustiz aktiv, will die Immunität aufheben, damit wir vors Strafergericht kommen. Warten wir ab, was daraus wird. Aber es geht nicht an, dass Leute, die unter vorsätzlicher Täuschung im Budget Millionen von Franken bewilligt bekommen und ausgeben, anscheinend keine Disziplinierung, keine Untersuchung, keine Verantwortung zu fürchten haben!

Herr Bundesrat Villiger, Mitte November fand in Montreux ein Kolloquium für etwa 150 Chefbeamte des Bundes zum Thema Sicherheitspolitik statt. In der Einladung sind auch die Spesen geregelt: Zwei Uebernachtungen, vier Hauptmahlzeiten, total

340 Franken Spesen, kostendeckend, und dann noch 6 Franken zusätzlich für allgemeine Umtriebe. Das ist peinlich genau, auf den Franken genau gerechnet, das imponiert eigentlich – und dann haben wir hier Leute, die Millionen ausgeben können, und das soll alles in Ordnung sein, obwohl wir hier nichts gewusst haben!

Ich spreche zum Schluss einen Wunsch aus. Herr Bundesrat Villiger, wir haben jetzt sehr viel staatspolitischen Schutt angehäuft. Der muss weg, sonst bekommen wir keinen Ausblick in die Zukunft, auf die Frage, die uns dringend beschäftigen sollten. Ich vermisse den «Befreiungsschlag», das Wort des Bundesrates, deutsch und deutlich, der sagt, was war und was nicht hätte sein dürfen; also beispielsweise, dass man die Demokratie nicht mit undemokratischen Methoden verteidigen kann. Man kann nicht auf einer nicht existierenden rechtlichen Grundlage irgendeine Kaderorganisation, Geheimarmee oder wie das Ding immer heisst, aufbauen, Millionen ausgeben und das nicht einmal deutlich erklären. So geht es in dieser Demokratie nicht!

Ich bitte Sie, Herr Bundesrat, sagen Sie dieses Wort! Reden Sie deutlicher als im Ständerat, damit dieser Schutt weggeräumt werden kann.

Frey Walter: Der kalte Krieg wurde nicht in der Schweiz erfunden. Aber er hat stattgefunden. Und viele Leute denken, dass er heute noch stattfindet.

Die in Bratislava erscheinende slowakische Zeitung «Praca» veröffentlichte ein aufschlussreiches Gespräch mit dem Lehrstuhlleiter der dortigen militär-pädagogischen Hochschule, Oberst Bejec. Nach seiner Ausführungen war die bisherige Breschnew-Doktrin Moskaus nicht zuerst als eine Frage einer beschränkenden Souverntt der Ostblockstaaten zu werten; das Ziel sei vielmehr eine Negierung der friedlichen Koexistenz gewesen und habe die Ausrichtung auf einen «kleinen», auf Europa beschränkten Krieg beinhaltet. Das Schwergewicht der UdSSR habe auf sämtlichen zersetzenden Elementen des Westens gelegen. Hier scheute man weder Mittel noch Kräfte. Kuba kostete die Sowjetunion pro Tag eine Million Dollar. Um den nordamerikanischen Schiffsverkehr abzuwürgen, habe sie die mittelamerikanischen Staaten unterstützt; mit dem Ziel, die Premierministerin zu stürzen, habe Moskau auch die seinerzeitigen Grubenstreiks in England mitfinanziert.

Bereits ab 1968 habe der sowjetische Marschall Sokolowski die Theorie vom Gegenschlag entwickelt. Der gesamte Plan hätte auf einem angenommenen Augenblick im labilen Europa beruht, also dem Zeitpunkt von Streiks, Regierungskrisen und, wie es wörtlich hiess, «Kundgebungen der Friedensbewegung». Wortwörtlich erklärte der Militrwissenschaftler im Gespräch weiter, zu diesem Zeitpunkt sollten dann militärische Operationen für die Dauer von drei bis fünf Tagen unternommen werden, deren Zweck darin bestanden hätte, den fortschrittlichen Kräften zu Hilfe zu kommen, die gegebenenfalls um eine solche Hilfe nachgesucht hätten. Die Heere sollten binnen dreier Tage Europa bis zur französischen Grenze berrollen. Das Weitere hätte sich nach Ansicht der führenden Militärs Moskaus folgendermassen abgespielt:

Nach erfolgter Besetzung im Zuge einer solchen Blitzaktion hätten unverzüglich Gespräche und Verhandlungen über den Frieden in Europa – freilich unter veränderten Vorzeichen – in Angriff genommen werden sollen. Heute, so schliesst das Gespräch der «Praca», erscheine dies unwirklich – wie die ganze Wahrheit der jüngsten Vergangenheit.

Dies zur Vergangenheit und zum kalten Krieg. Und nun zur Gegenwart. Wir alle haben heute auf unserem Pult ein Schreiben des Schweizerischen Unteroffiziersverbandes vorgefunden. Dieses Schreiben verdient es meiner Meinung nach, einer weiteren Oeffentlichkeit zugänglich gemacht zu werden. Ich zitiere:

«Der Zentralvorstand des Schweizerischen Unteroffiziersverbandes würdigt den Bericht der Parlamentarischen EMD-Untersuchungskommission und nimmt dazu folgendermassen Stellung:

1. Die Schaffung einer geheimen Widerstandsorganisation in der Zeit des kalten Krieges war unerlässlich und zweckmässig.

2. Ueberall, wo zukünftige Armeeangelegenheiten Geheimhaltung erfordern, sind klare und von den politischen Instanzen kontrollierbare Rahmenbedingungen zu schaffen.

3. Die übertriebene und tendenziöse Darstellung des Untersuchungsberichtes durch einzelne Medien ist abzulehnen. Es ist nicht korrekt, eine Organisation von 400 Mitgliedern als 'Geheimarmee' zu bezeichnen.

4. Die Mitglieder des Schweizerischen Unteroffizierverbands sind nicht bereit, dauernd nur Vergangenheitsbewältigung zu betreiben. Sie möchten im Rahmen ihrer ausserdienstlichen Tätigkeit mithelfen, die Schweizer Armee der Zukunft zu gestalten.»

Dem habe ich nichts beizufügen.

Auer: Was die Kritik an fehlenden Rechtsgrundlagen betrifft, kann man in guten Treuen geteilter Meinung sein; jener des Parlaments von 1981 oder der Auffassung der Puk von heute. Daher sei nichts gesagt gegen jene hier, die als Begleitmusik zur Puk feste auf die Pauke hauen und sich als demokratische Musterknaben und -mädchen ausgeben.

Nicht glaubwürdig sind jedoch jene Wendehälse, die hier den Sicherheitsbericht 1973, samt Widerstandsorganisation, lobten, die 1981 dabei waren – sogar als Mitglieder der GPK – und damit mitverantwortlich sind für die damaligen Feststellungen, die Geheimorganisationen entsprächen den rechtlichen und demokratischen Anforderungen; die damals ja sagten, aber seither nichts zugunsten der heute geforderten parlamentarischen Kontrolle unternommen haben. Auch ich nicht, denn ich pflege mich nicht zu kratzen, wenn es mich nicht beisst. Heute erst scheint es alle zu beissen.

Aber jene Mitgegangenen und Mitgehangenen sind nicht glaubwürdig, die zu den kältesten kalten Kriegern gehörten und heute einstige kalte Krieger immer noch als kalte Krieger anklagen, die sich heute als empörte Saubermänner aufspielen und Zeter und Mordio schreien – oder schreiben – über etwas, für das sie selbst mitverantwortlich sind. Ich nenne keine Namen, sonst gibt Herr Hubacher wieder eine persönliche Erklärung ab.

Am übelsten ist der Vorwurf an P-26, sie sei auch als innenpolitisches Machtinstrument vorgesehen: Sie habe die Schweiz «terroristisch unterwandert», Herr Cattelan sei der «Licio Gelli der Schweiz» – so im Baselbieter Landrat ein Poch-Vertreter, der zurzeit als Grüner firmiert –, und P-26 sei eine «Securitate in Kleinformat» – ein Verhältnisblödsinn, den heute auch Frau Stocker und der sonst etwas gescheitere Herr Spielmann übernommen haben.

Bewusst unterschlagen wird im immer wieder erwähnten sogenannten Umsturzscenario der Satz (Seite 191): «Auch in diesem Fall ist das Ziel eine Besetzung der ganzen Schweiz.» Mit Besetzung aber ist eindeutig eine ausländische Macht gemeint und kein demokratischer Mehrheitsentscheid!

Nach allem, was man heute weiss, ist die Vorstellung kindisch, 400 meist ältere Frauen und Männer, verteilt über das ganze Land, ohne Zugriff zu den Waffen, hätten zu einem Marsch nach Bern mobilisiert werden können. Jede Landwehr-Füsilierkompanie im WK ist dafür viel besser geeignet. Aber auch das ist nicht vorstellbar, ganz einfach, weil sich unsere Milizsoldaten zu Umstürzen nicht missbrauchen lassen.

Frau Bühler bezeichnete im Ständerat P-26 als «verschworene Gesellschaft», als «eine kleine, aber gut ausgerüstete Truppe» und erinnerte dann an Sprengstoffattentate auf Strommasten und an die Zerstörung des Besucherpavillons in Kaiseraugst. «Die Untersuchung wurde aus unerklärlichen Gründen fallengelassen», bemerkte sie.

Frau Bühler sagte nicht *expressis verbis*, P-26-Leute seien die Täter gewesen. Schlimmer: Sie verdächtigt, sie schnüffelt in verkappter Frageform. Entweder unterschiebt sie wider besseres Wissen – sie ist immerhin Mitglied der Puk –, oder aber sie hat die Verhörprotokolle der Puk-Sektionen nicht gelesen. Sonst hätte sie nämlich erkennen müssen, dass ihre Unterstellungen nicht nur ausgesprochen bössartig sind, sondern völlig irrational.

Sich im nachhinein am Radio damit herauszureden, es handle sich bloss um ein «Gedankenspiel», macht die Sache nicht besser. Es ist so oder so eine Beleidigung der Mitglieder von

P-26, die eine zusätzliche Pflicht übernommen haben, verbunden mit Risiken und im Wissen, dafür nie Dank zu erhalten.

Es ist immerhin rührend von den Inquisitoren der Puk, siehe Seite 200, dass sie ihnen wenigstens «keine staatsgefährdenden Absichten» unterstellen.

Meines Erachtens ist überdies erstens Dank am Platz: Die Leute haben in lauterer Absicht, in guten Treuen gehandelt, legitim im Rahmen der von uns gutgeheissenen Sicherheitspolitik und in der berechtigten Auffassung, auch das Parlament – wenigstens jenes von 1973 und von 1981 – stehe hinter ihnen. Zweitens gebührt ihnen ein Kompliment dafür, dass sie die erforderliche absolute Verschwiegenheit wahrgenommen haben und dass daher innert zehn Jahren nichts herausgekommen ist ausser erfundenen, läppischen Rambo-Geschichten.

Das Dritte: Die Leute von P-26 mussten sich schriftlich zum Schweigen verpflichten. Der Staat hat sich umgekehrt verpflichtet, ihre Namen nicht preiszugeben. Ich erwarte, Herr Bundesrat, dass diese Verpflichtung auch heute gilt.

Blocher: Die Schweiz hatte eine Widerstandsorganisation. Sie war völlig geheim. Sie musste völlig geheim bleiben. Und ich als Parlamentarier hatte keinen Einfluss und war nicht einmal informiert: Das ist ja schon wahnsinnig schlimm. Aber ich finde das gut. Es gibt gar nichts anderes. Diese neurotischen Ausfälle, weil es gewisse Bereiche gegeben hat, die geheim waren – Bereiche, die nicht allen offenstanden –, kann ich wirklich nicht begreifen.

Hat diese Widerstandsorganisation je funktioniert? Ja, denn sie blieb geheim. Herr Bundesrat Villiger: Anerkennung, dass sie geheim blieb! Das ist wirklich wunderbar in unserem Land, dass es Sachen gab, die geheim sein mussten und geheim blieben. Das gibt's ja fast nicht mehr.

Jetzt ist diese Organisation noch durchleuchtet worden, gründlich durchleuchtet worden. Zehn Jahre Arbeit in einem so schwierigen Bereich: da müssten ja viele Fehler sein. Wer schon geführt hat – es gibt ja ein paar Menschen, die das schon getan haben –, weiss, dass Fehler zum Vorschein kommen müssen, wenn man einen Bereich, in dem man zehn Jahre lang etwas tat, durchleuchtet.

Der Bericht der Puk hat mich richtig gelangweilt, weil einfach nichts zum Vorschein gekommen ist, das wirklich gravierend wäre. Ich muss Ihnen sagen, Herr Bundesrat Villiger – das können Sie Ihren Geheimleuten sagen –: Ich möchte nicht zwanzig Jahre der Geschichte meiner Firma durchleuchten müssen und dabei sagen: «Es wird todsicher nichts hervorkommen, was ich nicht gewusst habe, und es kamen keine Fehler vor.» Wir machen ja nichts anderes, als dauernd Fehler zu korrigieren!

Aber jetzt komme ich zur Sache: Achten Sie einmal darauf, wer da alles Ratschläge erteilt und sagt, was alles passiert ist. Es tut mir leid, aber es sind vor allem Leute, die überhaupt noch nie einen Bereich aufgebaut, geführt haben – und dann erst noch einen so schwierigen, wo man nicht einmal schreiben kann, sondern wo alles mündlich geschehen muss, in der Angst, entdeckt zu werden. Es kommen jetzt Leute und gehen wie alte Nähschul-Tanten hin und sagen uns von morgens bis abends, wie wir unsere «Lismete» in Ordnung bringen können. Die wollen uns sagen, wie man diesen Bereich hätte führen sollen!

Ich kann nur – Herr Bundesrat Villiger – das Kompliment aussprechen, dass da nicht mehr Dummheiten passiert sind. Herr Fierz, das ist ein schwieriges Metier, das zieht auch Leute an. Sie haben gesagt, der Nachrichtendienst sei immer sehr heikel; da begeben man sich in heikle Sachen. Wenn nicht mehr Fehler an den Tag kommen, dann ist gut geführt worden. Wenn ich an die Geschichte denke: Spionageabwehr 1945 – als man nach dem Krieg darüber ausgepackt hat: Allen Bundesräten wurde damals das Telefon abgehört, selbst der General musste zum Büro hinausgehen, um telefonieren zu können usw. Solche Auswüchse sind hier nirgends vorgekommen. Ich kann nur sagen: Geheimdienste bringen Gefahren; da muss man auch immer dafür sorgen, dass da nichts Falssches passiert.

Diese wehleidige Klage hier von Leuten, dass sie in den letzten Jahren in der politischen Auseinandersetzung bekämpft und

angegriffen worden seien! Ich bin ja in den letzten Jahren von den Grünen und den Sozialdemokraten immer nur gelobt worden für meine politische Tätigkeit, ich bin noch nie angegriffen worden! Also dieses wehleidige Spiel! Als ob das nicht an der Tagesordnung wäre, dass wir angegriffen werden, wenn wir etwas tun.

Damit, Herr Bundesrat Villiger, möchte ich auch Ihnen folgendes auf den Weg geben: Sie müssen jetzt in einer schwierigen Führungssituation stehen. Sie werden wohl unglaublich hart angegriffen. Das gehört jetzt dazu. Ich kann Ihnen nur auf den Weg geben: Wenn im EMD nichts getan wird, als was der Auftrag Ihnen gebietet, dann kommt es gut heraus.

Ich würde nicht hinhören, was jetzt alle diese Kritiker sagen, was diese Journalisten von morgens bis abends schreiben. Ich gebe Ihnen auch den Rat, diese Zeitungen nicht zu lesen und nicht fernzusehen. Sie können jemanden anstellen, der das nebenbei macht und Ihnen sagt, ob etwas Ehrverletzendes dabei war – das können Sie noch machen. Sie werden sich sonst nur von der Sache ablenken lassen. Auch diesen Pressedienst im EMD, der jeden morgen kommt, um möglichst jeden zu verunsichern: Ich jedenfalls habe den Argus der Presse schon lange abbestellt! Denn das macht einen einfach unsicher, wenn man immer sieht, was geschrieben wird.

(Heiterkeit)

Nehmen Sie sich keine Zeit, Dinge über Sie selbst zu lesen; gehen Sie vom Auftrag aus. Die Presse kann nämlich höchstens unser Ansehen verletzen. Aber die Substanz kann die Presse nicht antasten. Ich habe hier gewisse Erfahrungen. Widerstehen gehört auch zur Führung. Ich wünsche Ihnen nur, dass Sie es tun.

Nun zu diesem Geheimbereich: Ich bin der Meinung, die Leute, die da drin waren, sollten schweigen. Wenn etwas auskommt, können sie sagen: Wir geben keine Auskunft. Ich erinnere Sie an die sehr problematischen Verhandlungen des Generals und seiner Leute mit Frankreich während des Krieges, über die man dann später die Akten in La Charité gefunden hat: Diese Leute schweigen bis zum Tod. Sie sagen allen Politikern, Journalisten, Historikern einen Satz: «Wir haben geschworen, nichts zu sagen.» Und sie haben geschwiegen. Sie konnten das ertragen, weil sie es für unser Land getan haben. Das sollten wir hier auch tun. Wir haben gar kein schlechtes Gewissen. Ich bin stolz, dass es Leute gab, die die Kraft hatten, in dieser schwierigen Zeit zu stehen. Ob sie ein paar Fehler gemacht haben, ist eine andere Frage.

Und wenn Sie falsch informiert worden sind durch einen Mitarbeiter, dann machen Sie das mit ihm unter vier Augen aus! *(Beifall)*

Bodenmann: Alt CVP-Nationalrat Müller-Marzohl führt seit zehn Jahren einen beharrlichen Kampf gegen die Arroganz des EMD, gegen dessen illegale Dienste und gesetzlose Geheimarmeen. Die Puk EMD und deren Resultate sind auch sein Erfolg.

Nationalrat Auer – und niemand anders – zog vor zehn Jahren in diesem Saal gegen Müller-Marzohl – wie heute gegen andere – mit folgenden Worten los: «Einer unserer Kollegen hat mit seiner Betriebsamkeit erreicht, dass wir im 'Blick' neben Clay Regazzoni, Kurt Felix und seiner Paola, Prinz Charles und seiner Diana Spencer, Mäni Weber und Hormonkälbern, Ursula Andress und Jack the Ripper auch immer wieder den Namen unseres lieben Alfons Müller lesen konnten.» Das Protokoll vermerkt «Heiterkeit», Herr Auer. Herr Auer, die Zeit dieser Spässe ist vorbei. Legen Sie Ihre Verstrickungen offen, nachdem Sie offenbar so gut informiert sind!

Die Puk EMD war nur möglich, weil ein liberaler Journalist die rechtswidrigen Praktiken der Una aufdeckte. Der Zensurflügel des Freisinns beschimpft seit Jahr und Tag die Journalistinnen und Journalisten in diesem Land. Die Frage stellt sich: Wann erlaubt das «zarte Gewissen» dem Departementsvorsteher, sich bei Herrn Andreas Kohlschütter endlich zu entschuldigen?

Herr Pascal Couchepin ortete heute früh richtigerweise Naivität in diesem Saal: Fälschlicherweise bei der Puk und nicht beim Departementsvorsteher oder beim Freisinn, der mit allen Mitteln versuchte, die Einsetzung einer Puk zu verhindern, der

behauptete, die Geschäftsprüfungskommission könne diese Arbeit auch erledigen – so nebenbei und ohne die Kompetenzen der Puk. Dabei ist klar: Wenn wir keine Puk gehabt hätten, wäre das Lügengebäude des EMD nicht einmal angeknabbert worden.

Im Rückblick verstehen wir, warum sich die Freisinnige Partei und die Fraktion gegen eine Puk gewehrt haben. Die SP hat nicht nur die beiden Puk-Kommissionen beantragt. Die SP besitzt nicht nur die meisten Fichierten in diesem Land. Viele von uns wären auch interniert worden im Ernstfall, *(Unruhe)* ja wohl!

Ohne Wissen, ohne Zustimmung unserer Partei liessen sich einige Mitglieder in diese Geheimarmee einbinden, liessen sich gebrauchen. Der Generalstabschef wählte sich nicht nur sein Parlament, nicht nur seine parlamentarische Kontrolle, sondern auch seine Sozialdemokraten. Das ist auch ein Teil der traurigen Wahrheit. Kritik und Selbstkritik sind bei uns durchaus auch am Platz.

Heute allerdings ist die Zeit der Ausreden vorbei. Das EMD und die Una hatten vollen Zugriff auf die 900 000 Fichen und auf die dahinterliegenden politischen Dossiers. Das EMD fütterte mit eigenen Angaben diesen gigantischen Schnüffelfeld. Die Una beteiligte sich systematisch an der Bespitzelung aller Beweglichen und Bewegten. Wer heute noch einmal das unwahre Gegenteil behauptet, wird spätestens in einigen Monaten wieder im Regen stehen.

Wir, das Parlament, erhielten während Jahren den geheimen Bericht der GPK aus dem Jahre 1981 nicht. Generalstabschef Häslar verteilte ihn am letzten Freitag der Presse. Der Vorsteher des EMD war nicht dabei, als die alte Riege der kalten Krieger erklärte, der Bundesrat werde «stufengerecht informiert». Kleine Zwischenfrage: Auf welcher Stufe klassieren die Generale den Bundesrat, der nicht einmal wusste, dass sein Informationschef im Führungsstab der P-26 sitzt?

Der Freisinn hat immer wieder behauptet, er sei für weniger Staat und mehr Freiheit. Wir verstehen heute, dass er für weniger Staat war und offenbar für mehr private Geheimarmeeaktivitäten. Bundesrat Chevalaz geht einen Schritt weiter, wenn er sagt: Was heisst hier Rechtsstaat? Bundesrat Villiger geht einen Schritt weiter, wenn er sagt, der Vorwurf der Illegalität stosse ins Leere.

Herr Blocher, für uns ist es nicht langweilig, wenn die Verfassung gebrochen wird – im Gegenteil, für uns ist es höchst beunruhigend.

Steiniger: Wir haben mit dieser Puk 2 einen kleinen Teil der Staatstätigkeit bis in alle Details geröntgt. Was ist herausgekommen? Kaum Neues bezüglich der Verdächtigenliste und des Inlandnachrichtendienstes. Dass es eine Widerstandsorganisation und einen besonderen Nachrichtendienst gibt, hat die Delegation der GPK schon bei ihrem Zugriff im Frühling 1990 gemerkt. Hätte sie es nicht gemerkt, hätte man einfach die Protokolle dieses Rates unter GPK lesen können.

Wie die Organisation in den Grundzügen aussehen könnte, hätte man in den geheimen Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe Bachmann der Geschäftsprüfungskommission von 1980 nachlesen können. Und diejenigen, die nicht so weit zurückgehen wollen wie unser kalter Krieger Bodenmann vor mir, könnten in einem Mord-Buch von Roger de Diesbach über die Armee nachlesen, erschienen 1988, Seite 52: Es ist die Widerstandsorganisation erklärt worden, es ist der separate Nachrichtendienst erklärt worden. Alle, die nun glauben, man könne auf den Puk-Bericht nur mit Betroffenheit, Erstaunen und offenem Munde reagieren, sind über diese Relativierung enttäuscht. Aber der politische Erinnerungshorizont darf ja durchaus mehr als ein halbes Jahr betragen.

Diese Relativierung heisst aber keineswegs, dass wir mit den Schlussfolgerungen der Puk grundsätzlich nicht einverstanden sind. Wir sind froh, dass es die Verdächtigenliste seit 1977 nicht mehr gibt. Die undemokratische Ausrichtung dieses Instrumentes hat auch uns erschauern lassen. Aber wir sind nicht bereit, uns dieses Misthaufens zu bedienen, um gegen die Verantwortlichen von heute Dreck zu werfen; dies ist in den vergangenen Tagen und auch heute im Ueberfluss gemacht worden.

Heute braucht es wahrscheinlich keine mit Organigrammen, Sprengstoffen und Funkgeräten ausgerüstete Widerstandsorganisation. Wachsamkeit und Nachrüstung haben diese neue Situation entstehen lassen, nicht Friedensmärsche! Es ist ein Verdienst der parlamentarischen Kontrolle – und damit auch der Puk –, dass wir in diesem Bereich nun die notwendigen Anpassungen an die aktuelle sicherheitspolitische Lage vorgenommen haben.

In der heutigen Bedrohungslage können wir eventuell auf diesen Balanceakt zwischen dem Prinzip der offenen Gesellschaft und der demokratischen Kontrolle einerseits und dem Geheimhaltungsbedarf einer derartigen Organisation andererseits verzichten. Seien wir doch froh darüber, verteufeln wir aber nicht die Leute, die in einer anderen Lage handeln mussten!

Dieser Balanceakt findet auf einem hohen Seil statt ohne Netz, man kann auf beiden Seiten in die Tiefe fallen – ein Abgrund heisst: fehlende Vorbereitung. Wir sind deshalb nicht bereit, Unwissenheit und Betroffenheit zu heucheln und die Stoffsammlung der Puk dazu zu verwenden, die Beteiligten als Staatsfeinde hinzustellen. Das Parlament ist dazu nicht berechtigt.

Die heute kritisierte Organisation ist weitgehend ein Produkt von parlamentarischen Organen. Einzig die PdA/PSA/Poch-Fraktion wollte 1981 den entsprechenden Bericht ablehnen. Heute sitzt ein ehemaliges Mitglied dieser Fraktion als Mitglied der SP-Fraktion auf dem Stuhl des Kommissionspräsidenten. Ich möchte jetzt nicht Stellungnahmen von PdA und Poch zu Ereignissen des kalten Krieges zitieren; Herr Carobbio hat seine Berichterstattung objektiv absolviert.

Ich halte jedoch fest: Wir sind heute eine ziemlich offene Gesellschaft. Wir gehen mit der Puk in der Forderung nach gesetzlichen Grundlagen einig. Wir sind uns aber auch bewusst, dass sich die entsprechenden Anschauungen gewandelt haben, und sind nicht bereit, renommierte Staatsrechtler und ehemalige Bundesrichter – wie das Herr Thür gemacht hat – als verantwortungslose Personen hinzustellen und die Ueberlegungen von 1980 aufgrund der heute veränderten Anschauungen zu kritisieren.

Es sind Anpassungen vorzunehmen, man darf jedoch nicht von «illegalen Organisationen» phantasieren, denn wenn wir dies wollen, dann müssen wir überall die gleiche Messlatte ansetzen; dann könnten ganze Abteilungen der Bundesverwaltung ebenfalls als illegal bezeichnet werden.

Die Arbeit der Puk und die heutige Debatte haben nur einen Sinn, wenn diese Bemühung nicht zum Sammeln von Stoff für ein sensationsfreudiges Publikum verkommt und wenn wir Schikanen zum politischen Zeitvertreib vermeiden. Unter diese letzte Kategorie subsumiere ich die Rücktrittsaufforderungen gegenüber dem Chef EMD.

Die Anpassung unserer Sicherheitspolitik und ihrer Instrumente an die heutige Lage ist eine schwierige Aufgabe. Hierzu braucht es den Blick nach vorn. Dies ist die Herausforderung – nicht der Marsch durch die Vergangenheit, um dort Dreck zu finden, damit man die Lösung der Zukunftsaufgaben behindern kann.

M. Jeanneret: Nous avons d'un côté les 250 pages d'une Commission d'enquête qui n'épargne rien. Qu'elle excite surtout la curiosité des services secrets étrangers, c'est là, sans ironie, son principal mérite! De l'autre, nous avons un homme qui n'est pas ici pour se défendre, qui a pu s'exprimer à l'extérieur et auquel j'aimerais, en tant que dernier orateur inscrit, rendre hommage. Il fut certainement l'un des meilleurs chefs du Département militaire fédéral que nous ayons eus; M. Georges-André Chevallaz écrit ceci: «Ce que je ne puis admettre, c'est la manière désinvolte dont vous avez accusé les chefs du DMF et leurs collaborateurs de s'être soustraits à leurs responsabilités dans l'exécution d'une tâche qui se justifiait amplement dans les menaces du moment, cautionnée en son principe par le Parlement, mais qui exigeait, dans ses dangers et pour son efficacité, le secret le plus rigoureux.» En quelques mots, M. Chevallaz a parfaitement résumé quelle était l'attitude qu'il devait avoir. Entre ces deux philosophies, je n'hésite point et j'approuve les remarques de M. Chevallaz.

Tout était conforme à l'Etat de droit constitutionnel. Est-ce que c'était conforme au légalisme? Il est peut-être difficile d'en discuter aujourd'hui. Nous sommes de ceux qui admettons qu'il est possible de concilier le secret et la transparence démocratique du Parlement et ce, jusqu'à celui qui est sur le terrain. Mais le légalisme, Monsieur le Vice-président, il faut commencer par l'appliquer à vous-même et ne pas demander de prolonger les travaux de votre commission! Dites: «Mission accomplie», et laissez les organes normaux du Parlement faire désormais le travail.

Je m'adresse maintenant à ceux qui mènent cette chasse aux sorcières dont M. Bonny a parlé, et j'applaudis les propositions qu'il fera. Je ne veux pas revenir sur le cas de ce M. Schneiter qui a été cité et qui a parfaitement dit qu'il n'était pas membre de la P-26, qu'il ne connaissait pas son chef et qu'il ne l'avait jamais vu. Cette chasse aux sorcières, que les mêmes milieux qui nous reprochent d'avoir des fiches, qui veulent la protection individuelle de la personne, commence dans cette salle après avoir été déjà entretenue à l'extérieur et dans les médias. Sur ce point, Monsieur le Conseiller fédéral, la Confédération a la responsabilité de protéger ceux qui sont ainsi poursuivis et d'assumer les dommages éventuels.

Je ne me serais pas adressé à M. Spielmann pour deux raisons: d'une part, parce qu'il n'est pas là – je parlerai donc de lui à la troisième personne – d'autre part, s'il n'avait pas répondu tout à l'heure à M. Eggly. Lorsque nos enfants et petits-enfants demanderont ce que nous avons fait ce 13 décembre 1990, ils iront dans les bibliothèques chercher l'ordre du jour de nos travaux et ils verront, comme suite à notre ordre du jour: «Aide aux pays de l'Est et aide à l'Union soviétique». Et M. Spielmann prétend nous faire la leçon, alors que sa réponse de tout à l'heure montre qu'il souscrit encore aux thèses d'un des gouvernements qui fut parmi les plus totalitaires et les plus policiers et que l'Ouest doit maintenir secourir.

Enfin, Monsieur le Conseiller fédéral, je ne voudrais pas vous donner des conseils, d'autres l'ont déjà fait. M. Blocher vous en a donné d'excellents et sur la lancée de ce qu'il vous a dit: ne vous occupez en tout cas pas des injures que prononce M. Bodenmann sur votre Département. Il nous y a habitués lorsqu'il parle de «l'édifice de mensonges du Département militaire fédéral». Il y a deux choses à faire, à mon avis: reprendre sur le plan technique un certain nombre de points de la conduite de ce Département, vous nous le direz certainement tout à l'heure; mais il y a plus important encore, parce qu'au-delà de l'administration militaire, il y a les milliers d'hommes et de cadres de l'armée de milice. C'est à eux que vous devez penser maintenant. Ce que le peuple attend, c'est qu'on redonne confiance à son armée de milice, à ses cadres, qui attendent que nous déclarions que les choses sont en ordre, que rien de ce qui a été fait ne peut être remis en cause, que l'organisation sera perfectionnée et que le Conseil fédéral, et non pas le seul chef du Département militaire, témoigne publiquement sa confiance dans notre armée de milice. C'est le message que nous attendons maintenant de vous, Monsieur le Conseiller fédéral.

*Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

Vorkommnisse im EMD. Parlamentarische Untersuchungskommissionen

Événements survenus au DMF. Commissions d'enquête parlementaires

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1990
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	14
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	90.022
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	13.12.1990 - 15:00
Date	
Data	
Seite	2367-2385
Page	
Pagina	
Ref. No	20 019 315

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.